

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Sonnabend, den 23. September 1899.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

#### Karl Kautskys Schrift „Bernstein und das Socialdemokratische Programm“.

II.

Nachdem Kautsky dieser Art die auf die Proletarisierung der Masse hinauslaufenden Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung charakterisiert hat, bringt das nächste Kapitel eine breitere Diskussion der sogenannten „Verelendungstheorie“ (das Wort stammt nicht von Marx), die, obgleich sie für die Marxsche Entwicklungslehre nur eine nebensächliche Bedeutung hat, mit Vorliebe zur Argumentation gegen Marx benutzt wird. Kautsky unterscheidet drei Interpretationen. Zunächst würde Marx' Satz, daß mit der zunehmenden kapitalistischen Accumulation die „Masse des Elends, des Drucks, der Anechtung, der Degradation, der Ausbeutung“, zugleich aber „auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschnitten, vereint und organisierten Arbeiterklasse“ wachse, einfach als bloße Kennzeichnung zweier einander widerstrebender Tendenzen, einer nach Herabdrückung und einer nach Erhebung des Proletariats, aufgefaßt. Eine zweite Auffassung verstände unter dem Worte „Elend“ ausschließlich physisches Elend, eine dritte vor allem das sociale Elend, gemessen an den gegebenen socialen Bedürfnissen, der steigenden Produktivität der Arbeit und der gesellschaftlichen Lebenshaltung.

Kautsky zeigt, daß Bernstein, obgleich doch in einer socialen Theorie der Begriff des Elends zweifellos im socialen Sinne zu nehmen sei, nur die zweite Auffassung anerkennt. Dagegen würde die Auffassung des Elends im socialen Sinne, die Bernstein in einer Wendung gegen Cunow als eine „viduische“ bezeichnet, nicht nur, wie Kautsky durch Citate erweist, von Marx und Engels, sondern auch z. B. von Lassalle und Rodbertus geteilt. Das Entscheidende ist die Thatsache, daß der Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der Lohnarbeiter und der Möglichkeit, sie aus ihrem Lohn zu befriedigen, damit aber auch der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital immer mehr wächst. In diesem wachsenden Elend einer physisch und geistig kräftigen Arbeiterschaft, nicht in der wachsenden Verzweiflung halb verhungerten Strophulöser Horden sah der Autor des „Kapital“ die mächtigste Triebkraft zum Socialismus. Ihr Wicken wird durch den Nachweis einer steigenden Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht widerlegt.

Als Zeichen des wachsenden Elends verweist Kautsky auf die Zunahme der Kinder- und Frauenarbeit, die zur Verklümmernng des proletarischen Haushalts und zur Verwahrlosung der proletarischen Jugend führe, auf die Prostitution, Arbeitslosigkeit usw. Zwar sei die Zunahme der Frauenarbeit nicht notwendigerweise ein Symptom des wachsenden physischen Elends, wohl aber meist des wachsenden Unvermögens, mit dem Lohn des Mannes allein die Bedürfnisse der Arbeiterfamilie zu decken. Im Deutschen Reiche man habe sich von 1882 bis 1886 die Zahl der erwerbsfähigen Frauen um über eine Million vermehrt. In Industrie und Handel sei gar im gleichen Zeitraum die Zahl der weiblichen Angestellten um 254,7 Proz., der der Lohnarbeiterinnen um 104,9 Proz. gestiegen.

Gegenüber der Theorie von der Konzentration des Kapitals und von der Verschärfung der socialen Gegensätze hält Kautsky die „Krisentheorie“ für sekundär. Die periodischen wirtschaftlichen Krisen verstärken die Wirkungen der ersten genannten Entwicklung, beschleunigen den Konzentrationsprozeß des Kapitals, vermehren die Masse der Proletarier und die Unsicherheit ihrer Lage; aber an dem Endergebnis dieser Entwicklung würde es nichts ändern, wenn die periodischen Krisen nicht notwendig im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet wären. Der zehnjährige Krisen-Cyklus sei keine Theorie von Marx, sondern eine empirisch festgestellte Thatsache. Wenn in letzter Zeit die Krisen-gefahr sich anscheinend vermindert habe, so hänge dies mit besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen. Vorbedingung der Erhaltung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sei die stetige Erweiterung des Marktes, „der kaufkräftigen Nachfrage nach den Massenprodukten der kapitalistischen Produktion, die doch danach drängt, den Wert dessen, was die arbeitenden Klassen einzutauschen haben, ihrer Arbeitskraft, immer mehr herabzudrücken, so daß sie immer weniger von ihrem Produkt selbst kaufen können“. Die nöthige Ausdehnung des Marktes, die eines der wichtigsten Probleme für den industriellen Kapitalisten sei, wäre in der letzten Zeit außerordentlich begünstigt worden: auf dem inneren Markt durch Verdrängung der unwüchsigen Hausindustrie, Verbesserung der Kommunalisationen, namentlich der Eisenbahnen, Abströmen der Arbeitskräfte vom Lande, bedeutende Veränderungen der Technik, speciell durch Entwicklung der Elektrotechnik, Vermehrung des Gelbmehls etc., auf dem äußeren Markt ebenfalls durch Erweiterung der Kommunalisationen, Uebergang rüchständiger Gegenden zur Großindustrie, Erschließung bisher abseits liegender Gebiete für den Weltmarkt. Erfordert jedoch die kapitalistische Produktionsweise eine unaufhörliche weitere Ausdehnung des Marktes, so ist klar, „die kapitalistische Produktionsweise wird von dem historischen Moment an zur Unmöglichkeit, in dem sich herausstellt, daß der Markt nicht mehr in demselben Tempo sich ausdehnen kann, wie die Produktion, das heißt, sobald die Ueberproduktion chronisch wird.“ In einem solchen Zustand muß es aber, wie Kautsky unter Hinweis auf die Stagnation in der Textilindustrie und die mächtige Entfaltung der Eisenindustrie zu erweisen sucht, kommen, wenn die ökonomische Entwicklung in derselben Weise wie bisher vor sich geht, denn der äußere wie der innere Markt hat seine Grenzen, insofern die Ausdehnung der Produktion praktisch grenzenlos ist. Aber vermögen nicht die Kartelle der

Ueberproduktion und den Krisen vorzubeugen? Auch diese in letzter Zeit ventilirte Frage wird von Kautsky unter Darlegung der amerikanischen Krustverhältnisse mit „Nein“ beantwortet.

Der letzte Abschnitt behandelt die Frage der Taktik. Kautsky geht dort auf die zwar nicht direkt von Bernstein, wohl aber von einzelnen seiner Anhänger vertretene Auffassung ein, das Streben des Proletariats nach politischer Macht sei eitel, falls es nicht vorher ökonomische Macht errungen habe durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation: eine Auffassung, die Dr. Holtmann sogar zu dem Satz verleitet habe, die Arbeiterklasse könne politische Rechte und Einflüsse nicht erringen ohne wirtschaftliche Organisationen. Kautsky legt dar, daß diese Ansicht auf eine Verwechslung von ökonomischer Macht und ökonomischer Organisation beruht. Wichtig wäre, daß wenn das Proletariat keine ökonomische Macht besäße, es keine politischen Rechte erringen könnte. Die Grundlage dieser seiner ökonomischen Macht sei aber die Rolle, die es im Produktionsprozeß spiele; deshalb ginge das Wachstum der Macht des Proletariats überall vor sich, in despotischen Ländern wie in demokratischen, in Rußland wie in der Schweiz. Daß die Arbeiterklasse dann aber, sobald sie politische Rechte erlangt, diese dazu anzuwenden habe, um sich eine Organisation zu geben und ihre Macht dadurch weiterhin zu steigern, sei selbstverständlich. „Aber die grundlegende ökonomische Macht des Proletariats ist jene, die selbstständig durch die ökonomische Entwicklung geschaffen wird. Und die höchste Form des Klassenkampfes, die allen andern ihren Stempel aufdrückt, ist nicht der Kampf einzelner ökonomischer Organisationen, sondern der Kampf der Gesamtheit des Proletariats um die mächtigste der gesellschaftlichen Organisationen, den Staat, das ist also der politische Kampf. Er ist der in letzter Linie entscheidende.“

Damit sei freilich keineswegs gesagt, daß das Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen das gleiche sein müsse. Kautsky unternimmt nachzuweisen, daß bislang immer in den Zeiten der Prosperität die Reizung zu ökonomischen Reformen am größten gewesen ist. In der Krisis dagegen schwände die Ansicht, „auf dem Boden der reinen Oekonomie vorwärts zu kommen“ und alles drängt zum politischen Kampf. Eine Periode der Prosperität wäre auch jetzt wieder vorhanden, und diese Situation begünstige die Wirkung des Bernsteinischen Buches. „Seine Betonung der praktischen ökonomischen Kleinarbeit entspricht einem thatsächlich vorhandenen Bedürfnis; sein Zweifel an der Wahrscheinlichkeit großer und rasch eintretender politischer Veränderungen — Katastrophen — entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre.“

Wen wichtiger sei, so fährt Kautsky im nächsten Kapitel fort, die Frage, ob die Arbeiterklasse eine völlig selbstständige Klassenpolitik treiben solle: eine Frage, die darauf hinauslaufe: Sollen wir Programm und Taktik der Socialdemokratie derartig gestalten, daß sie allen demokratischen Klassen und Schichten geöffnet ist, oder nicht? Von den Ueberresten einer wirklichen bürgerlichen Demokratie werde das vielfach gewünscht, und diese Elemente scharfen sich um Bernstein, da seine Unterschätzung der der proletarischen Klassenpolitik und des Klagengegensatzes zwischen Arbeiter und Bourgeois, sein Hinweis auf die principielle Aufhebung der Klassenherrschaft durch die Demokratie usw., ihnen eine Reihe willkommener Argumente liefern. Doch auch in unserer Partei selbst wäre eine solche reformerische Richtung vorhanden, die nach einer Erweiterung der proletarischen Demokratie zu einer großen, alle demokratischen Elemente umfassenden Volkspartei strebe. Das Motiv sei die Erwartung, daß eine solche demokratische Partei weit eher die Majorität erlangen könne, als das Proletariat für sich allein. Wohl könne das letztere auf diesem Wege nicht alle seine Forderungen durchsetzen, es müsse auf die bürgerlichen Parteigenossen Rücksicht nehmen, aber, so argumentiere diese Richtung, „wenn wir unsere Partei nicht aus einer Partei der Lohnarbeiter in eine der Volksmasse umwandeln, verurteilen wir uns auf unabsehbare Zeit zur Impotenz, zu völlig unsuchbarer Opposition.“

Kautsky erörtert zunächst, inwiefern Bernstein mit seinem Urtheil über die Klassenpolitik und seiner Auffassung der Demokratie als principielle „Aufhebung der Klassenherrschaft“ recht hat und untersucht dann, welchen Vortheil die Socialdemokratie von einer Verbindung mit bürgerlich demokratischen Elementen hätte.

Schon heute drehe sich, führt Kautsky aus, unsere ganze innere Politik um die Socialdemokratie. Nicht aus Furcht, unsere Partei könne eines schönen Tages alles kurz und klein schlagen, sondern aus Furcht, die Socialdemokratie könnte die gesamten Arbeitermassen um sich scharen. Die bürgerlichen Parteien wären gezwungen, wenigstens einen Teil der Forderungen unserer Partei zu den ihren zu machen, wollten sie sich nicht die Arbeiterklasse vollends entschließen lassen.

Wenn also die Socialdemokratie die reine Klassenpartei des kämpfenden Proletariats bleibt, so verzichtet sie damit durchaus nicht auf jede positive Thätigkeit. Wollte sie dagegen ihr Programm und ihre Taktik so einrichten, daß sie fähig wird, auch andere Klassen in sich aufzunehmen und ihre Klassenkämpfe zu führen, so würde sie dadurch selbst ihre Angriffskraft lähmen und mit ihrer Einheitskraft auch ihre Einheit preisgeben. Das Opfer würde ihr kaum etwas nützen — auch als bloße demokratische Partei bliebe sie eine Partei, in der das Proletariat den Ausschlag giebt; proletarischer Führung unterworfen sich aber die anderen Klassen nicht. Eine rein demokratische Partei ist nur möglich unter bürgerlicher Führung.

Und welche Klassen kämen für die Demokratie bei einer solchen Verbindung in Betracht? Kleinbürger, Bauern und die Intelligenz, Was aber wollten diese Kleinbürger und Bauern, die nicht auf

proletarischem Standpunkt ständen? Ihre Lage verbessern, d. h. aus kleinen Ausbeutern große werden, meist dadurch, daß sie in der Ausübung ihrer Arbeitskräfte keine Schranken fänden. Noch weniger sei die sogenannte Intelligenz zum energischen Klassenkampf geneigt, so sehr sie auch im Herzen das kapitalistische Regime hassen möge.

Dadurch würden aber unbedingt auch Ziel und Richtung in der Veränderung erleiden; denn es ist klar, daß eine Volkspartei, in der die Interessen der Bauernschaft und des Kleinbürgerthums maßgebenden Einfluß haben, stets, auch wenn sie noch so arbeiterfreundlich ist, auf dem Boden der gegebenen Gesellschaftsordnung, des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Freiheit der Privatproduktion stehen bleiben muß. Sie kann über die Konstitution von 1793, über das Princip des Liberalismus nicht hinaus... Dagegen müsse ein proletarisches Regime überall anstreben: „Einmal die Aufhebung des privaten Charakters der großen kapitalistischen Monopole und dann die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Aufhebung der industriellen Reserve-Armee.“ Kapitalistische Produktion und politische Herrschaft des Proletariats seien also unvereinbar miteinander.

Im letzten Kapitel antwortet Kautsky auf Bernsteins Frage: „Haben wir die zur Abschaffung der Klassen erforderliche Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte schon erreicht?“ Kautsky stellt fest, daß Bernstein für seine Behauptung, die Produktivkräfte seien zur Aufhebung der Klassen noch nicht genügend entwickelt, nicht den geringsten Beweis beibringe und daß die Gewährsmänner, auf die er sich beruft, sich gegen ihn wenden. Ebenso richtig sei, was Bernstein über den Umfang und die dunkle Mischung des Proletariats sage. Aus ungleich verschiedenartigen Elementen, als das Proletariat, sei das Bürgertum zusammengesetzt, und doch hätte dieses die Herrschaft erlangt. Nicht aus allerlei Unterschieden der Berufstellung etc. käme es an, sondern ob aus diesen Unterschieden Interessengegensätze entsprängen, die ein dauerndes Zusammenwirken in einer politischen Partei unmöglich machten. Gerade in diesem Punkt aber hätte die Socialdemokratie vor den bürgerlichen Parteien einen großen Vorteil voraus.

„In jeder Richtung“, sagt Kautsky, „welche die Socialdemokratie im letzten Jahrzehnt, ja in den letzten Jahrzehnten, eroberte, hat sie sich behauptet, hat sie sich ihren Gegnern an positiveren Schaffen überlegen gezeigt. In welcher Organisation immer sie die Herrschaft errang, überall erwies sie sich der Situation gewachsen. Welchen Grund haben wir, anzunehmen, sie müsse scheitern, wenn die gesamte ökonomische und intellektuelle Macht des Staates ihr zur Verfügung gestellt wird?“

#### Eine internationale Umfrage über socialdemokratische Taktik.

Zu der mehrfach erwähnten Umfrage der „Petite République“ über die anlässlich des Dreijahreshandels abut gewordenen taktischen Fragen — Beheld Antwort haben wir bereits veröffentlicht — liegen mehrere weitere Meinungsäußerungen vor, die wir auszugswiese wiedergeben.

Van Kol,

der holländische Socialistenführer, bemerkt u. a.:

Erste Frage: Kann das socialistische Proletariat, ohne gegen das Princip des Klassenkampfes zu verstoßen, an den Streitigkeiten der verschiedenen Bourgeois-Parteien teilnehmen, sei es um die politische Freiheit zu retten, sei es, wie in der Affaire Dreyfus, um die Menschlichkeit zu verteidigen?

Das socialistische Proletariat könnte nicht wirksam den Klassenkampf führen, wenn es nicht verstände, die bedrohte Freiheit zu retten und — wie in der Affaire Dreyfus — die beleidigte Menschheit zu verteidigen. Es muß ungeteilt und jederzeit der wachsame Hüter der Demokratie, der glühende Streiter für Recht und Wahrheit sein. Obgleich es erhabenen Wides sein Ideal verfolgt, muß es den Fuß fest auf den Boden der Wirklichkeit setzen und alle Hindernisse auf dem Wege räumen, welche dem Lauf des Fortschritts hinderlich sein können.

Wenn die Socialisten gleiche Rechte für alle verlangen, müssen sie von den Hohen und Niedrigen gleiche Pflichten fordern und selbst dem Arbeiter unrecht geben, wenn er vom rechten Wege abweicht, dem einzigen, der zum Siege führt.

Als Jaurès sich in den Streit stürzte, um einen Unschuldigen, ein Opfer kaiserlicher Vorurteile und militärischer Demoralisation zu retten, hat er die Ehre des französischen Socialismus gereinigt. Später werden ihm die gebendeten Massen Dank wissen für seinen ruhmvollen Heldzug im Dienste der Gerechtigkeit unter der Fahne der Wahrheit.

Erregen wir die Masse, aber veredeln wir sie auch! Adel verpflichtet! Das gilt auch für das socialistische Proletariat. Immer dürfen ihm seine Thaten durch einen keuschen und engherzigen Parteigeist inspiriert werden, anstatt dazu durch ein Ideal der Güte, Gerechtigkeit und Menschlichkeit bewegt zu werden.

Zweite Frage. In welchem Maße darf das socialistische Proletariat teilnehmen an der bürgerlichen Regierungsgewalt; steht das Princip des Klassenkampfes absolut in allen Fällen der teilweisen Bestimmung der ministeriellen Macht durch die socialistische Partei entgegen?

Die Frage, meint van Kol, läßt sich nicht allgemein beantworten. Sie muß für jeden Fall besonders geprüft werden. Für die gegenwärtige Lage in Frankreich bezeichnet er es als die Pflicht der Socialisten, sich so weit als möglich der öffentlichen Gewalt zu bemächtigen. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Darum muß man nicht nur in die Kommunalvertretungen und Parlamente eintreten, sondern auch die Unsrigen in die Bürgermeistereien und Ministerien schleichen, das socialistische Banner in der Hand. Nicht mit einem Schlag werden wir uns der Gewalt bemächtigen, nur Schritt für Schritt durch eine langsame und beständige Ersetzung der bürgerlichen Elemente durch Arbeiterelemente werden

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Jahrespreis: Amt I, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

wir die herrschende Klasse in der Gesellschaft werden, und werden unsere Ideen im Staate zur Herrschaft gelangen. Zunächst müssen wir den Befähigungsnachweis erbringen und darum die Macht ausüben und sie zeitweilig mit anderen Parteien teilen.

Wenn einer die Fügung der Regierung ergreift und wir das sozialistische Ideal rein bewahren, wir seinen Prinzipien treu bleiben ohne Kompromiß und Abfindung; wenn wir ferner auf dem Boden des Klassenkampfes bleibend, uns als Feinde der Reichen und Freunde der Entbehrten zeigen und ohne Ermatten gegen das kapitalistische Regime, welches langsam verschwinden muß, kämpfen, so erfüllen wir eine große und nützliche Pflicht.

Aber diese Pflicht, die teilweise Inbesitznahme der ministeriellen Macht, wird in einem Falle wie dem Millerands eine heilige Pflicht. Wenn die Fügung den sozialen Körper ergreift, wenn eine Kontre-Revolution sich vorbereitet, wenn die wertvollsten politischen Freiheiten auf dem Spiel stehen, muß man auf dem Kampfboden stehen. Um die Kontre-Revolution zu bekämpfen und zu zerschmettern, mußte Millerand handeln: er handelte und hätte noch besser gehandelt, wenn man ihn unterstützt hätte. Trotz des Absehens, welchen ein Helfer der Kommune wie Galliffet einflößt — in einem ähnlichen Fall würden sich andere ganz ebenso wilde finden — mußte Millerand die dringende Pflicht erfüllen, die ihm das Geschick auferlegte, und Frankreich von allem Unrat, welcher während der Jahre, als das Volk schlummerte, angehäuft wurde, reinigen helfen. Jeder Sozialist ist verpflichtet, ihn in seinen Anstrengungen, die Vorurteile zu bekämpfen und die überall ihr Haupt erhebende Reaktion zu töten, zu unterstützen und dadurch zu verhindern, daß Frankreich seinem Ruin zugeführt werde.

Man fordere Taten; die Kritik konnte nicht mehr genügen; es war dringend erforderlich, zu beweisen, daß die Sozialisten nicht nur zu zerstören wissen, sondern auch fähig sind, die Grundlagen für eine neue Macht zu legen. Die politische Macht drohte in die Hände der schlimmsten Feinde zu fallen, man mußte davon ergreifen, was man konnte, um sie im Sinne der ökonomischen Entwicklung zu benutzen, der man Hindernisse entgegenstellte. Je größer unsere Macht im Staate sein wird, um so größer werden die Resultate sein, die man erhalten wird. Da wir noch zu schwach sind, um den Willen des Proletariats zum Durchbruch zu bringen, müssen wir alles annehmen, was die Lage der Arbeiterklasse verbessert, seine Rechte vermehren, seine Macht vergrößern kann. Auch den kleinsten Fortschritt zu acceptieren, wenn er allein möglich ist (Vallant) ist oft unsere Pflicht. Die anarchistische Theorie des „Entweder alles oder nichts“ hat nur zu lange die Arbeiterbewegung in ihrem March zu dem Siege aufgehalten.

Wenn es möglich ist, müssen wir die gewaltsame Revolution vermeiden, dadurch, daß wir wirksame Reformen begünstigen und die politische und soziale Entwicklung des Menschengeschlechts fortsetzen.

Und wenn man ernsthafte Reformen will, muß man so weit wie möglich die Macht ergreifen, Taten ablegen, Resultate zeigen. Die Rekrutierungskraft der sozialistischen Partei wird vergrößert werden, da wir das Recht auf unserer Seite haben, werden wir nach und nach über die nötige Kraft verfügen, um den Anbruch der neuen Ära zu begünstigen.

Wir müssen die schöpferische Kraft in der Straße und in den Parlamenten werden, in den Fabriken wie in den Ministerien, immer und überall vorangehen, den sozialistischen Sauerreig allen Gesetzen, allen Regierungsmahregeln, hinzufügen, wo wir unseren Einfluß zur Geltung bringen können.

### **Banderbelde,**

der Führer der belgischen Sozialisten, demerkt zu dem ersten Frage, er verstände kaum, wie ein Sozialist anders als bejahend antworten könne. Behaupten, daß das Proletariat gleichgültig bleiben muß in jedem Konflikt, in dem keine Klasseninteressen nicht direkt berührt sind, heißt den Sozialismus verkümmern, den Begriff des Klassenkampfes bis zur Verkrüppelung verengen. Das war sicher nicht die Absicht von Marx und Engels, als sie im kommunistischen Manifest dem Klassenbewußten Proletariat empfohlen, die anderen Parteien in der Erringung der modernen Freiheiten zu unterstützen. Die Neutralität der Gewerkschaften im Dreifachhandel war eine beklagenswerte Abwandlung in dem erhabenen Kampf für die Zivilisation gegen die Freiheit. Verbietet es der Klassenkampf, daß ein Proletarier das Mitglied einer anderen Klasse in Lebensgefahr rettet? Wie sollte er hindern, einen Unschuldigen den Händen der Henker und Wilden zu entreißen.

Was den Fall Millerand betrifft, so bedauert Banderbelde, daß Millerand mangels einer einheitlichen französischen Partei unter seiner persönlichen Verantwortung eine so bedeutsame Entscheidung getroffen hat. Die Frage selbst, ob ein Sozialdemokrat in ein bürgerliches Ministerium eintreten darf, ist eine Frage der Verhältnisse. Viele unserer Freunde machen eine feine Unterscheidung zwischen den Fällen, wo die Vertreter des Proletariats in eine bürgerliche Institution dank ihrer eigenen Kräfte eindringen, und denen, wo ihnen die Bourgeoisie freiwillig keine Teile der Macht anbietet. Aber zwischen diesen beiden Extremen giebt es alle möglichen Uebergänge. Sobald man zugiebt, daß in gewissen Fällen es das sozialdemokratische Interesse erfordert, daß man zu Kompromissen, Allianzen, Koalitionen seine Zuflucht nimmt, wird es unmöglich, a priori zu behaupten, daß niemals, in keinem Fall, was auch immer geschehen möge, Sozialisten nicht teilweise die ministerielle Macht ergreifen dürfen. Außergewöhnliche Umstände erfordern außerordentliche Handlungen. Im allgemeinen freilich ist der Eintritt von Sozialdemokraten in ein noch so demokratisches Ministerium entschieden zu verwerfen. Das wenig Gute, was sie schaffen könnten, würde nicht das viele Schlechte aufwiegen, mit dem sie sich solidarisch erklären müßten. Selbst unter der Voraussetzung der parlamentarischen Herrschaft einer Koalition von Radikalen und Sozialisten wäre eine bedingungsweise Unterstützung eines radikalen Ministeriums vorteilhafter, als wenn wir uns mit ihnen in der Regierung teilen. So lange der Sozialismus nicht die Macht hat, um im Namen seiner Prinzipien zu herrschen, ist es — von Ausnahmefällen abgesehen — unzulässig, an einer Regierung teilzunehmen, die sich auf diametral entgegengesetzte Prinzipien stützt.

### **Mechanoff,**

der russische sozialdemokratische Schriftsteller, meint, das sozialistische Proletariat habe nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, in den Konflikten der bürgerlichen Fraktionen zu intervenieren, so oft es ihm für die Interessen der revolutionären Bewegung nützlich scheint. Aber diese Intervention kann der revolutionären Bewegung nur dann nützlich werden und darf nur dann geschehen, wenn sie den Kampf zwischen der Bourgeoisie — den Eigentümern der Produktionsmittel — und dem Proletariat — der durch die Besitzung dieser Mittel ausgebeuteten Klasse — lebhafter und energischer gestaltet. Damit der Klassenkampf verschärft werde, muß das Proletariat mehr und mehr durchdrungen werden von dem Bewußtsein des Gegensatzes zwischen seinen Interessen und denen seiner Ausbeuter. Was dieses Bewußtsein verschärft, muß als revolutionäres Mittel erachtet und folglich von den Sozialisten angenommen werden. Wer dieses Bewußtsein vermindert, ist antirevolutionär und muß folglich von uns verurteilt und zurückgewiesen werden. Das ist das große Prinzip, auf dem unsere ganze Taktik beruht.

Von diesem Gesichtspunkt aus bin ich sehr geneigt zu sagen, daß die Teilnahme der Sozialisten an der Bourgeois-Regierung uns teuer zu stehen kommen würde, als sie wert wäre, weil sie die Ab schwächung des revolutionären Bewußtseins des Proletariats zur Folge haben würde. Aber keine Regel ohne Ausnahme und jedes absolet aufgestellte Prinzip wird durch sich selbst modifiziert. Die Möglichkeit besteht also, daß in Ausnahmefällen die Sozialdemokratie sich gezwungen sehen könnte, in ein Bourgeois-Ministerium einen Parteigenossen zu entsenden, aber immer nur im Namen der Gesamtpartei. Wohlgeachtet, auch solcher Entschluß, an einer Bourgeois-Regierung teilzunehmen, darf nur zu dem Zweck geschehen, die Auflösung der gegenwärtigen Gesellschaft zu beschleunigen.

### **Pablo Iglesias,**

seit zwanzig Jahren der Führer der spanischen Arbeiterpartei, beantwortet die erste Frage dahin: Die Sozialdemokratie muß in allem intervenieren, was der Verteilung der politischen Freiheiten und der Erzielung zum proletarischen Interessenbewußtsein dienen kann, in allem, was eine bessere Organisation und eine größere Freiheit gewährt, an dem Verschwinden des Bourgeois-Regimes zu arbeiten. Die Einmischung in die Affaire Dreifus war notwendig, um die damit verknüpften reaktionären Bestrebungen zu bekämpfen. Indessen ist bin doch der Meinung, daß einige an der Agitation beteiligte Sozialisten weiter gegangen sind, als sie hätten gehen sollen, indem sie der Angelegenheit eine größere Bedeutung gaben, als sie in Wahrheit für die Arbeiterklasse hat. Klein als Justizverbrechen betrachtet, bedeutet die Affaire Dreifus für das Proletariat nicht mehr als alle die anderen Ausschweifungen, die so oft gegen Proletarier begangen worden sind.

Hinsichtlich der zweiten Frage meint Iglesias, die Sozialisten dürften niemals eine Verantwortung und eine Tätigkeit in einem Bourgeois-Ministerium übernehmen. Die Sozialisten dürfen nicht an der Exekution von Gesetzen teilhaben, die von Ausbeutern geschaffen sind, um die Ausgebeuteten in Armut, Elend und Unwissenheit zu erhalten.

### **Politische Uebersicht.**

Berlin, den 22. September.

#### **Die Liberalen und die Zuchthausvorlage.**

In der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung“ wird die Haltung des Abgeordneten Wasserfall gegen die Zuchthausvorlage verteidigt. Dabei werden einige interessante Dinge erzählt:

„Nach wie vor hat es einzelne Fälle gegeben, in denen der Streikende seinen arbeitenden Kameraden beschimpft, an der Arbeit zu hindern gesucht hat. Heute wie ehemals beklagen wir solche Fälle, vermissen wir eine Fassung der betreffenden Gesetze, unter die jedes einzelne derartige Vorgehen sich zu voller Sühne rubrizieren ließe. Der Wunsch, daß der Schutz der Arbeitswilligen mit aller Energie zur Durchführung gelange, ist nicht weniger lebhaft, als zuvor. Ebenso entschieden aber wie im Frühjahr wird heute die Vereinträchtigung des Koalitionsrechts abgelehnt, weigert man sich, Gesetze anzunehmen, deren Text weit über das Maß hinausgeht, was zum Schutze der Arbeit erreicht werden soll.“

Vergessen wir aber auch nicht, daß die ganze Vorgeschichte des Zuchthausgesetzes von dessen Diskreditierung das Wesentliche beigetragen hat. Von einem Gesetze, das 1/4 Jahre nachdem verfaßt worden war, es gehe seiner Vollendung entgegen, an die Öffentlichkeit gelangt, nimmt niemand an, daß es von der Regierung für dringend notwendig gehalten wird. ...

Es hat sich inzwischen bestätigt, daß Graf Posadowsky die Einwendungen von Vertretern mehrerer Bundesstaaten weniger mit sachlichen Motiven, als gerade mit dem Hinweis auf die Lehnhauser Rede entkräftet hat. Es soll heute nicht davon die Rede sein, ob und in welchem Grade ein solches Verhalten der kaiserlichen Ratgeber den Anforderungen ihres Amtes entspricht. Wohl aber muß mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt werden, daß nationalliberale Volksvertreter solchen Erwägungen zugänglich sein könnten. Im Gegenteil halten wir es für sehr begreiflich, daß der Argwohn, es hätten der Sache selbst fernliegende Gesichtspunkte die Herstellung des Gesetzesverwehres beeinflusst, eine große Anzahl von Liberalen ihm von vornherein abgeneigt gemacht hat. Seitdem ist aber sehr viel geschehen, um diese Abneigung zu verstärken. Die „Zuchthausvorlage“ ist zum Schiboleth der einseitigen, von Egoismus beherrschten Interessenkreise geworden. Unter ihrem Zeichen sammelt sich alle, die in sozialpolitischen Fragen äußerster Zurückhaltung predigen, denen in dieser Hinsicht wohl zu viel, nie aber zu wenig geschieht, die sich zum Notwendigen schließen lassen, ohne jemals feilsche Initiative zu ergreifen. Für das Zuchthausgesetz wird eine lebhafteste Agitation unter Anwendung von Einschüchterungsmitteln in Bewegung gesetzt, in einer Weise, die den liberalen Empfindenden auf das peinlichste berühren muß. Damit aber wird man den politisch Denkenden nicht zu der Ansicht befähigen, als fördere Sympathie für den Arbeiterschutz die Sozialdemokratie. Vielmehr ist nichts mehr geeignet, der Sozialdemokratie neue Scharen von Arbeitern in die Arme zu treiben, als engherzige Interessenspolitik, selbstständige Zurückhaltung von den sozialpolitischen Aufgaben des Staates. Darum glauben wir nicht, daß bei der nächsten Abstimmung die nationalliberale Partei sich heraus fühlen wird, den Wasserfallianern „Fehler“ „wieder gut zu machen“; wir würden uns nicht einmal wundern, wenn die vielfach ungeschickte und struppellose Agitation, mit der man den Sommer über der Zuchthausvorlage neue Freunde zu werden gesucht hat, manchen vor den Kopf gestoßen haben sollte, der in dem Entwurfe bisher lediglich ein Mittel zu dem sehr wünschenswerten Schutze der Arbeitswilligen gesehen hatte, den aber das wahre Gesicht der Arbeitsbeschäftigten, wie es sich seitdem enthüllt, abschreckt. Jedenfalls aber rechnen wir damit, auch in der nächsten Session des Reichstages die Anschauungen der Nationalliberalen in dieser Frage auseinandergehen zu sehen. Diese Aussicht hat jedoch für uns durchaus nichts Verhängnisvolles.

In diesen Darlegungen lehren manche von Wasserfall im Reichstag geäußerte Gedanken wieder, nur daß es eine unberechtigte Concession an die Zuchthausfreunde ist, den Anschein zu erwecken, als ob der Terrorismus gegen Arbeitswillige irgendwie beträchtlich sei und mit den heutigen Strafmitteln keine Abmündung finden könne. Die Thatsachen beweisen das Gegenteil des einen wie des anderen.

Wenn das wahr ist, so wird um so dringender die Pflicht, in den Einzellandtagen die Regierungen über ihre Stellung zum Entwurf zu interpellieren und sie nach den Gründen ihrer Zustimmung zu fragen.

Eine bemerkenswerte Enthüllung aber liegt in der beiläufig erwähnten Behauptung, der ursprüngliche Widerspruch mancher Bundesrats-Vertreter gegen die Vorlage sei durch den Hinweis auf die Notwendigkeit beseitigt worden, es gelte den Trinkspruch von Oeynhausen zu erfüllen.

Ueberdies besteht heute das Argument, daß kaiserliche Trinksprüche Anforderungen darstellen, die auf jeden Fall eingelöst werden müssen, nicht mehr; denn gerade die Konser vativen haben in der Kanalsfrage dafür gesorgt, daß die Reden von Dortmund auf die Wirklichkeit der Politik keinen Einfluß gewinnen konnten.

Die „National-Zeitung“, die den Artikel des badischen Blattes übernimmt, stellt die Notwendigkeit eines Auseinandergehens in der nationalliberalen Partei nicht ein. Die Entstehungsgeschichte des Entwurfs verleitet sie nicht dazu, der Prüfung zu entsagen, ob das anerkannte Bedürfnis wirksameren Schutzes der Arbeitswilligen sich in einwandfreier Art, ohne Vereinträchtigung des Koalitionsrechtes, befriedigen läßt.“

Das ist die alte nichtsnutzige Dechelei! Will man die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtigen, so muß man alte Strafbestimmungen beseitigen, statt neue zu erfinden. —

### **Mehr Soldaten — mehr Schiffe**

erschienen am Horizont. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ rühmen die glänzenden finanziellen Ergebnisse des Reichshaushalts und fügen hinzu:

„Auf die Lage der Reichsfinanzen kommt daher ein Widerspruch gegen etwaige Mehrforderungen für Heer und Marine nicht gestiftet werden.“

Es scheint, als ob Miquel für seine agrarischen Freunde dadurch wieder gutes Wetter zu schaffen bemüht ist, daß er durch neue Militär- und Marineforderungen die Reichsfeindschaft der Kanalarbeiter und die Reichstreue der Kanalarbeiter ins Licht rückt. Ein Militärkonflikt im Reich soll den Kanalarbeiter in Preußen vergessen machen. —

### **Deutsches Reich.**

**Sankt Manchester** wird von Eugen Richter wieder einmal heftig zitiert. Die „Freimüthige Zeitung“ beschließt eine Betrachtung über die erwerbsfähigen Kinder im Anschluß an die Verhandlungen der Berliner Stadtvorordneten-Versammlung mit folgenden Sätzen:

Wir haben bis jetzt den Eindruck, daß die einschlagenden tatsächlichen Verhältnisse in Berlin noch nicht genügend klargestellt sind, um mit Sicherheit die Grenzen zeichnen zu können, innerhalb deren eine gewerbliche Tätigkeit der Kinder ausgeschlossen ist. Zunächst muß man verlangen, daß die Schulbesuchung ihre Einzugsamtlich und öffentlich allseitig zugänglich macht. Es kann auf diesem Gebiet im Interesse aller Beteiligten nur sehr vorsichtig und schrittweise vorgegangen werden, wie dies auch bisher in der einschlagenden Gesetzgebung in Betreff der Kinderarbeit in Fabriken von Anfang an der Fall gewesen ist.“

Wenn es gilt, dem dauernden beschleichen Kinderarmut in der sozialen Entwicklung zu steuern, so verfolgt Eugen Richter die Lebensregel des alten Landsturns, der immer nur langsam voran will. Richter ist eben in seiner sozialpolitischen Auffassung in der Zeit des Landsturmes, der Postulats und des Talglichts stehen geblieben, während seine finanzielle Gesinnung auf der modernen Höhe der Börse, des Großhandels und des Großkapitals thront. Seine Zurückgebliebenheit dient der Förderung dieses Fortschritts. —

**Das Bismarck-Museum.** Wie die „Volls.-Ztg.“ mitteilt, hat der Kaiser es abgelehnt, das Protektorat über das Bismarck-Museum in Stendal zu übernehmen. —

**Ein Geständnis.** Man weiß, daß das Zuchthausgesetz sich nicht, wie vorgegeben wird, gegen „Ausfärbungen“ richtet, sondern gegen das Koalitionsrecht selbst. Es gelangt den Verteidigern der Knebelvorlage nicht stets, dieses wahre Motiv zu verheimlichen. So verplaudern sich heut auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Das Blatt des Kanonenkönigs zitiert mit Entsetzen den Satz aus dem Jahresbericht unseres Parteivorstandes, daß in den westlichen Industriebezirken die Arbeitervereinigungen „unbestimmt um ihre religiöse oder politische Richtung“ mehr als früher Hand in Hand gingen. Dazu sagt das zuchthausfeindliche Blatt:

Diese Dinge gewinnen um so mehr Bedeutung, als die Entscheidung über die Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen herannahet, da ja deren Gegner vor allem schrankenlose Koalitionsfreiheit fordern und von kirchlicher Seite gerade durch erweiterte Organisation der „Christlichen“ Arbeiter der sozialdemokratischen Organisation entgegengeordnet werden soll. Wir vermissen nicht, daß letzterer Gedanke etwas Verführerisches und einen idealen Charakter hat, daß auch evangelische wie katholische Arbeitervereine gegen die Sozialdemokratie einige Erfolge aufzuweisen haben mögen. Das Benimm der Sache nicht die große in ihr stehende Gefahr. Die Erfahrung hat bereits gezeigt, wie auch „christliche“ Arbeiter-Organisationen zu ganz unbedeutenden Forderungen und mehr oder weniger in sozialdemokratisches Fahrwasser gekommen sind; die radikalen Elemente bekommen eben überall leicht Oberwasser und der ursprünglichen Führung gleiten die Fäden aus der Hand. Dazu werden, wenigstens vereinzelt, selbst von geistlicher Seite, Prinzipien aufgestellt, die bei der tatsächlichen Lage der Dinge geradezu destruktiv wirken müssen.“

Deutlicher kann nicht veranzt werden, wozu die Unternehmungskraft zielt. Die „unberechtigten Forderungen“ der Arbeiter sind es, welche unter dem Vorwand der Bekämpfung von terroristischen Uebeltaten aus der Welt geschafft werden sollen. Selbst das ruhige Auftreten der unter geistlichem Einfluß stehenden Arbeitervereine wird den Alleinherrschaftsgelüsten der Kapitalisten zuwider. Alle diese Organisationen sollen vermittelst des neuen Zuchthausgesetzes gehemmt und beseitigt werden. —

**Gegen das Vereinsgesetz** verfährt der deutsche Flottenverein. Es sind nämlich dem Verein, der 62 000 Mitglieder zählen soll, der deutsche Eisenbahn-Beamtenverein zu Hannover mit 9000 Mitgliedern, 19 Marinevereine, 46 Krieger- und Landwehrvereine und 55 sonstige Vereine beigetreten.

Das ist offenbar geschildrig, weil es dem Koalitionsverbot widerspricht. Wenn das gestattet ist, könnten auch sämtliche sozialdemokratische Vereinigungen als Mitglieder einem Berliner Wahlverein beitreten — ein Inverbindungstreten, das dann freilich die sofortige Auflösung zur Folge haben würde. —

**Zwei Reichstagsersatzwahlen.** Die Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt für den verstorbenen Centrums-Abgeordneten Spieß ist auf den 13. November anberaumt worden. — Die Ersatzwahl für den 5. württembergischen Wahlkreis Schlingen ist auf den 27. Oktober angesetzt worden. Von der deutschen Partei wird der Landtagsabgeordnete v. Weg, von sozialdemokratischer Seite Gastwirt Schlegel kandidieren. —

**Für die Ueberschwemmten** in Bayern wird die Wohltätigkeit eifrig mobilisiert. Das Centralcomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz unter besonderer Mitwirkung der Kaiserin veranstaltet die üblichen Sammlungen in Privatkreisen. Dergleichen ist gewiß nichts zu sagen. Aber weit wertvoller wäre es, wenn der Staat sich der Pflicht bemüht wäre, mit seinen Mitteln sofort für die durch die Wasserdunst und oft infolge staatlicher Unterlassungsfünden Leidenden eintreten zu müssen. —

**Halle a. S., 22. September.** Eine neue Aktion gegen die sonntägliche Flugblattverteilung unternahm die Polizeiverwaltung in Gommern gegen den Zimmermann Wenzeslaus Schulze von hier. Er sollte am Sonntag, den 20. Juni d. J. zu Gommern dadurch öffentlich „bemerkbare“ Arbeit verrichtet haben, daß er sozialdemokratische Flugblätter von Haus zu Haus verteilte. Durch Strafbefehl ist dem „bemerkbaren Sonntagarbeiter“ eine Geldstrafe von 10 M. event. zwei Tagen Haft zuerkannt worden; auch sollte er 1,20 M. Kosten bezahlen. Die angelegte Uebertretung stützt sich auf die §§ 1 und 16 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 23. April 1898. Der Angeklagte beantragte gerichtliche Entscheidung und ließ durch seinen Vertreter in der Schöffengerichtssitzung in Gommern geltend machen, daß die Flugblattverteilung keine bemerkbare oder gewerbliche Arbeit sei, da sie gratis geschehe. Der Amtsanwalt beantragte selbst Freisprechung und das Gericht schloß sich diesem Antrage an, da es in der Flugblattverteilung keine bemerkbare Arbeit finden konnte, welche die Anwendung jener Verordnung rechtfertige. —

**Dresden, 22. September.** (Privat-Telegramm.) Soeben wird das amtliche Resultat über die Wahl im 8. Kreise bekannt. Es erhielten Stimmen Sozialdemokrat 11 571, Antisemit 10 082, Frei-

Könige 1826 Stimmen. Die Stichwahl findet schon nächsten Dienstag statt.

Nach dem amtlichen Resultat hat die deutsch-soziale Reformpartei seit dem vorigen Jahre um 166 Stimmen abgenommen. Die „Staatsbürger-Zeitung“, welche ihrer Partei erst einen bedeutenden Zuwachs zugeführt hatte, dafür aber das Wolffsche Telegraphen-Bureau der Falschung beschuldigt hatte, wird nun den Rückgang ihrer Partei sowie der verbündeten Reaktionsparteien im Wiener Wahlkreise nicht länger abzuwehren können. Unsere Partei hat seit dem Vorjahre einen Zuwachs von 1563 Stimmen.

Unsere Parteigenossen in den sächsischen Schweiz-Bergen werden, so ist zuversichtlich zu hoffen, in einem letzten tapferen Ansturm am nächsten Dienstag den Wahlkreis den Parteien des Justizhausgesetzes entreißen.

**Wettel um die Freisinnstimmern.** Aus dem Wahlkreise Pirna-Sebnitz wird uns noch geschrieben:

Die Antisemiten und ihre konservativen Freunde sind infolge der zu vollziehenden Stichwahl in eine höchst drohende Situation geraten. Das Amtsblatt „Pirnaer Anzeiger“ giebt sich alle Mühe, die ausschlaggebende freisinnige Volkspartei davon zu überzeugen, daß sie schon wegen ihrer staatsrechtlichen Eigenschaften — welche den Freisinnigen vor der Hauptwahl von demselben Blatt aber rundweg abgesprochen wurden — verpflichtet wäre, mit den Reaktionspartei gemeinsame Sache zu machen. Noch tödlicher ist es natürlich, daß es nicht nur „Ordnungsleute“ schlechthin, sondern speziell die antisemitischen Rassenhörer sind, welche die Stimmen der freisinnigen Partei erbeten möchten, welche Partei sonst von ihnen als eigentliche Judenpartei heruntergerissen wird.

Die Vorsitzenden der freisinnigen Volkspartei fähren sich begreiflicherweise von dem antisemitischen Liebeswerben nicht sehr angezogen. Das einzige ernsthaft freisinnige sächsische Blatt, die „Pirnaer Morgenzeitung“ äußert sich zu jenem Ansuchen also:

Die Anhänger der freisinnigen Volkspartei werden gut thun, sich dieses „Zeugnis“ (nämlich das Zeugnis, zu den staatsrechtlichen Parteien zu gehören), das ihnen hier von einem konservativen Blatte ausgestellt wird, gut aufzubewahren. Die Gelegenheit, dasselbe zu verwerfen, bietet sich oft genug. Daß diese Liebeswerbung sonst irgend welche Bedeutung für die freisinnige Wählererschaft des Wahlkreises Pirna-Sebnitz haben könnte, bezweifeln wir, denn die an freisinnige Wähler gerichtete Zumutung, für einen Antisemiten zu stimmen, ist eine direkte Beleidigung für diese. Es wird natürlich vor der Stichwahl Sache jedes einzelnen Wählers sein, zu erwägen, ob er nunmehr das kleinere Uebel zu erdulden hat, oder ob er sich jetzt der Stimme enthalten soll, aber das eine erscheint uns als eine Unmöglichkeit, daß ein wahrhaft freisinniger und gerecht denkender Mann einen Kandidaten wie den Antisemiten Lohse wählen kann, einen Kandidaten, der sich sogar im Prinzip für die Justizhausvorlage ausgesprochen hat! In der That, es wäre würdelos und unwahr und eine Verleugnung der Leberzeugungen und Grundanschauungen der freisinnigen Volkspartei, wenn mit ihrer Hilfe der Auserwählte der schwärzesten sächsischen Reaktion, der Antisemiten Lohse, in den Reichstag gelangen würde!

Es ist bei alledem nicht zu vergessen, daß das Signal der Führer in der freisinnigen Partei von den Wählern keineswegs immer befolgt wird. Bei der Stichwahl im Jahre 1893 ließen die freisinnigen Wähler im Pirnaer Kreise scharfweisend zu den Antisemiten über. Ob der jetzt verbliebene Rest der Partei Überzeugungsfester sein wird? Wir würden es um des Freisinnens willen bedauern, wenn er es nicht wäre.

**Germütliche Wahlgegner.** Im 8. sächsischen Landtags-Wahlkreise in Sachsen (Wurzen, Oschatz etc.) stehen sich — eine Frucht des Klassenwahl-Systems — zwei konservative Kandidaten gegenüber. Es sind das der bisherige Vertreter des Kreises Bürgermeister Hartwig aus Oschatz und ein Fabrikant Alinhardt aus Wurzen. Die Gegnerschaft besteht lediglich in lokalen Kirchhofsinteressen.

Die beiden Kandidaten sind nun als gebildete Leute außerordentlich höflich zu einander, versichern sich gegenseitig in ihren Versammlungen der größten Hochachtung usw. Nur ihre Trabanten hauen den Juden herüber und hinüber in der bekannten Manier durch Eingekaufte Inserate und dergleichen kleine Mittel.

Das schönste an offizieller gegenseitiger Höflichkeit leisteten die beiden Herren in einer der letzten Wählerversammlungen in Oschatz. Dort hielt Herr Alinhardt, der Kandidat aus Wurzen, seine Programmrede und Herr Hartwig, der Kandidat aus Oschatz — führte den Vorzug!

Solche Höflichkeit kann schwerlich übertroffen werden. Offenbar haben die Herren das Bestreben, den sogenannten Ruf der Gemütlichkeit der Sachsen, der durch seine Polsterei und seine Gerichte etwas ramponiert worden ist, wieder aufzurichten.

**Aus Obersachsen.** Ausgewiesen wurde aus Beuthen der österreichische Staatsangehörige Weh, der als Buchhändler hier bei einem Onkel beschäftigt war. Ein Grund der Ausweisung ist dem Ausgewiesenen nicht angegeben worden.

Das sächsische Steinkohlen-Vergewalt „König“ hat das Eigentumsrecht an dem 890 000 Quadratmeter großen Grubenfelde „Exzellenz“ an den größten ober-sächsischen Agrar- und Industriemagnaten, den Grafen Guido Henkel von Donnersmarkt, abgetreten. Gegen welche Entschädigung, ist nicht bekannt geworden. In dieser Weise arbeitet der preussische Bergbau auf die immer nötiger werdende Verstaatlichung der Bergwerke hin.

Ein wichtiges Industrieunternehmen steht dem ober-sächsischen Industriebezirk bevor. Die Balleistramische „Herrschast“ Rudawitz feiert 1900 ihr hundertjähriges Jubiläum. In dieser Herrschast gehört u. a. die uralte „Brandenburg“-Grube, die erste ober-sächsische Kohlengrube, auf der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der erste regelrechte Abbau von Steinkohlen vor sich ging. Außer der genannten Herrschast gehört dem Grafen Balleistram noch das Rittergut Plawntowitz am Rodnigkanal; dort befindet sich seine „Residenz“.

**Aus Hessen, 21. September.** (Fig. Ver.) Allmählich kommt die Agitation für die Landtagswahlen in Fluß. Offen wird die Wahlarbeit seither nur von den Sozialdemokraten betrieben. Die Antisemiten und das Centrum wählen mehr oder weniger unter der Oberherrschaft der Nationalliberalen schlafen noch und verlassen sich wohl auf den Beamtenapparat, der Freisinn ist manifest. Am heftigsten wird der Wahlkampf wohl dort werden, wo Sozialdemokraten, Antisemiten oder Centrumskandidaten gegenüber stehen. Einen Vorzeigekandidat von dem, was noch alles geleistet werden wird, bekommt man, wenn man das Organ der heftigsten Antisemiten, die in Offenbach erscheinende „Volksmacht“, zur Hand nimmt. Der Redakteur derselben, der ehemalige Reichstags-Abgeordnete Hirschel, ist der Gegenkandidat unseres Genossen Scheidemann im Gießener Landkreis. Nun hat Scheidemann den Antisemiten seit Jahren schon etwas zu schaffen gemacht und wird deshalb von diesen tödlich gehaßt. Sein Gegenkandidat Hirschel bedingt ihn in seiner „Volksmacht“ u. a. mit folgenden Liebeswürdigkeiten: „Subjekt“, „gewerkschaftlicher Verleumder“, der sich wieder einmal ein Schelmstück von seiner brandig roten Zornmersele eig“, „Soldatendreher“, „dunster Ghrenmann“, „Bravo“, „Hund“, „Lump“ und „Schwinder“ usw. — Es wird niemand bestreiten wollen, daß das wenigstens ein vielversprechender Anfang ist. Genosse Scheidemann nimmt die antisemitischen Ergüsse mit gutem Humor auf und bringt seinen Gegner Hirschel durch seine lustigen, aber nie das Ziel verfehlenden Antworten scharf zur Verzweiflung. Nun muß der arme Teufel immer stärkere Ausdrücke erfinden.

**Schandgesetz — kein grober Unfug.** Wegen Verübung groben Unfugs waren seiner Zeit vom Schöffengericht in München die Genossen Ed. Schmid, Jg. Wölsch, Jg. Wölsch, Jg. Sturm, H. Zahner und F. Rachmann zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie in einer öffentlichen Versammlung die Justizhausvorlage als „Schandgesetz“ bezeichnet hatten.

Vom Verurteilungsurteil wurden sie am Donnerstag kostenlos freigesprochen. In der Begründung sagt das Gericht:

„Wenn die Angeklagten erklärten, die Vorlage sei ein „Schandgesetz“, so ist diese Kritik eine äußerst harte, doch ist anzuerkennen, daß es sich um Bekämpfung eines Gesetzeswurfs handelte, der auf einen besonderen gesetzlichen Schuß keinen Anspruch hat, so wenig wie die Freunde des Entwurfes einen solchen haben. Mit dem Ausdruck „Schandgesetz“ haben zwar die Angeklagten die Grenzen der parlamentarischen Formen überschritten, aber der Ausdruck ist nicht geeignet, das Publikum ungebührlich zu belästigen, zumal in den beiden Versammlungen gegen den Gesetzesentwurf eine große Erregung herrschte. Es liegt zum mindesten keine grobe Ungebühr vor.“

**Würzburg, 21. September.** Ein Diebstahl von Geheimpapieren aus dem Bureau der 2. Feldartillerie-Brigade erregt lebhaften Aufsehen. Wie die „A. Abendztg.“ mitteilt, sind die Papiere für eine fremde Macht, falls sie an eine solche ausgeliefert werden, selbstverständlich nicht ohne Wert. Die Papiere waren wie überall, so auch im Bureau der genannten Brigade wohlverwahrt, so daß der Diebstahl nur unter ganz besonderen Umständen und von einer mit der Derslichkeit vertrauten Person, hinter der man den vor einigen Wochen desertierten Train-Sergeanten Schloffer, früher Brigadeschreiber der 2. Feldartillerie-Brigade, mit Bestimmtheit vermutet, ausgeführt werden konnte.

### Ausland.

#### Von Dreyfus.

Der „Figaro“ veröffentlicht den Bericht seines Redakteurs Suret, der Dreyfus bis Nîmes begleitete. Dreyfus schilderte dem Redakteur die Leiden, die er auf der Inselinsel erduldet, und bemerkte dann, er betrachte Mercier als einen bösen, unredlichen Menschen. Esterhazy als einen Gauner. Der Richterpruch von Rennes, der dem gebildeten Menschenverstand widerspreche, habe ihn starr gemacht. Er wolle nun seiner Familie leben. Dreyfus betonte, daß er unschuldig sei. Er sei das Opfer von Wahndeeen; aber es bleibe bei ihm keine Bitterkeit zurück. Er nehme die Verantwortung als eine Linderung seines Schmerzes an, bleibe aber entschlossen, seine Rehabilitation weiter zu betreiben.

Dreyfus will in Carpentras bleiben, bis sein Los völlig entschieden ist, und sich nicht in das Ausland begeben, damit nicht die ihm zu Teil werdende Aufnahme als Repressalie gegen Frankreich aufgefaßt werden könne.

#### Die Transvaalfrage.

Aus Bloemfontein wird vom 21. September gemeldet: Der Raad des Oranje-Freisstaats ist heute zusammengetreten. Präsident Steyn verlas eine Rede, in welcher er dem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Transvaal gespannte seien. Die Mitglieder des Raads sollten daran denken, daß die Vorschläge, welche Präsident Kruger auf der Konferenz mit dem britischen Oberkommissar Milner in Bloemfontein gemacht habe, wenn sie auch von Milner verworfen seien, doch im Freistaate einstimmig als höchst entgegenkommend angesehen wurden. Steyn gab sodann einen Überblick auf die Verhandlungen und sagte, Transvaal sei von dem britischen Agenten Greene gesäuert worden, beschuldigte die Reichsregierung indirekt des Vertrauensbruchs und bestritt, daß er Transvaal geraten habe, die letzten britischen Forderungen anzunehmen. Die Lage sei kritisch. Der Freistaat sei durch den Vertrag mit Transvaal verpflichtet, der Republik beizustehen; es sei nun Sache des Raads, sich über das weitere Verhalten des Freistaates schlüssig zu machen. Nichts rechtfertige einen Krieg oder einen Angriff auf Transvaal. Die vorhandenen Differenzen könnten durch eine Kommission oder ein Schiedsgericht beseitigt werden. Der Krieg würde ein Schandmal auf Religion und Zivilisation sein. Steyn schloß, Gott möge den Mitgliedern des Raads die Kraft geben, Beschlüsse zu fassen, welche nicht nur den Frieden und die Wohlfahrt, sondern auch die Sicherheit des Staates im Gefolge hätten, und forderte den Raad auf, eine geheime Sitzung abzuhalten. Der Raad stimmte dieser Forderung zu.

**Aus Pretoria** meldet das Herold-Bureau: General Joubert erklärte in einem Interview die Lage für sehr ernst. Die Mitglieder des Raads erhielten täglich Anfragen von Boeren, die um die Erlaubnis nachsuchten, die hauptsächlichsten strategischen Punkte an der Grenze besetzen zu dürfen. Nach der Ansicht Jouberts wird der Kampf wahrscheinlich an der Grenze von Natal beginnen.

**In London** wird angenommen, daß die Regierung versuchen werde, die kritische Situation weiter zu schleppen und mittlerweile die Truppenmacht in Südafrika zu verstärken. Eine entscheidende Wende wird nicht als nahe bevorstehend angesehen.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 22. September.** Das „A. N. Telegr.-Corresp.-Bureau“ teilt mit: Die Meldung, das Kabinett Thun habe seine Entlassung überreicht, ist falsch.

**Zum Antenberg Mordprozeß** melden Prager Czechenblätter, daß der verurteilte Hilsner die Ermordung der Frau in Gemeinschaft mit zwei Mitschuldigen zugegeben habe. Hilsner hat, durch das fallende Gerüst, im Hofe des Gefängnisses sei bereits der Galgen für ihn aufgestellt, erwidert, dem Untersuchungsrichter ein Gehörnis gemacht und den Aufenthaltsort seiner beiden Mitschuldigen angegeben. Telegraphische Anfragen ergingen sofort an beide Orte, die Antworten der dortigen Gerichte sind noch nicht eingelaufen.

#### Frankreich.

**Paris, 22. September.** Die „Aurore“ veröffentlicht ein Schreiben Jolas an Frau Dreyfus. Jola spricht darin seine Freude über die Vergnügung und sein Bedauern darüber aus, daß das Urteil von Rennes nicht vor dem Kassationshof gedruckt worden sei. Jola kündigt seinen Entschluß an, die Bewegung für die Rehabilitation Dreyfus' fortzusetzen.

**Im Fort Chabrol** wurden viertausend Patronen, fünfzehn geladene Karabiner und acht Revolver gefunden. Alle Zimmer waren so hergerichtet, daß im Falle eines militärischen Angriffes der Widerstand von Zimmer zu Zimmer erfolgen konnte.

#### Holland.

**Amsterdam, 21. Sept.** Der bekannte belgische Abbe Daens hält gegenwärtig in verschiedenen Städten Hollands zahlreiche Besuche. Die Bewegung ist durch einige katholische Arbeiter in Fluß gebracht und das Ziel ist die Begründung einer demokratisch-christlichen Partei. Von Seiten der Geistlichkeit wird aber mit Hochdruck auf die Religionsgenossen gearbeitet, daß sie an der Bewegung keinen Anteil nehmen. Deshalb war es in verschiedenen Städten unmöglich, Katholiken zu finden, welche bereit waren, die Versammlungen einzuberufen. Jetzt hat unsere Partei sich damit befaßt, und in Uebereinkunft mit den Gründern der christlichen Volkspartei in Breda, Delft, Haag, Gouda, Zwolle usw. öffentliche Versammlungen veranstaltet. So wurde Daens das Ansehen ermöglicht. Die Versammlungen sind überall massenhaft besucht. Diese Wittwung unserer Partei an der Gründung einer christlichen gegnerischen Partei findet unter katholischen Arbeitern viel Anerkennung.

#### Türkei.

**Konstantinopel, 22. September.** In den letzten Tagen haben zahlreiche Verhaftungen wegen angeblicher jung-türkischer Umtriebe stattgefunden.

Die Quai-Compagnie sperrte am 20. d. Mts. die neutrale Zone, mußte dieselbe auf Einschreiten des Zolldirektors jedoch wieder öffnen. Der erwartete Trade betreffend die Regelung der Ankerfrage ist noch nicht erlassen. Der französische Vizekonsul Constans legte gestern energischen Protest bei der Sperrung ein.

### Partei-Nachrichten.

Das französische Einigungs-Komitee hat sich in Bezug auf die Organisation des nächsten internationalen Arbeiter-Kongresses vollständig geeinigt, so daß an dem Zustandekommen des Kongresses in Paris und an dessen Gelingen nicht mehr zu zweifeln ist. Auch in Bezug auf den III. allgemeinen Kongress der französischen Sozialisten ist man über die Bedingungen der Vertretung, der Delegiertenwahl usw. zu einer Verständigung gelangt, so daß das Zustandekommen dieses Kongresses, der aller menschlichen Voraussicht nach zur Einigung der französischen Sozialisten führen wird, nun gesichert ist.

Freilich die praktischen Schwierigkeiten sind größer, als man anfangs geglaubt hatte, und vor Ende Oktober oder der ersten Hälfte des November wird, wie man uns schreibt, der Zusammentritt nicht erfolgen.

**Genosse Troelska,** Mitglied der holländischen Generalstaaten, der im Augenblick in Berlin verweilt, teilt uns mit, daß er am 12. Oktober vor dem Gerichtshof in Haag erscheinen soll. Es handelt sich um ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Staatsanwalts in der freisinnigen Hauptstadt Denuarden, den unser Genosse beschuldigt hat, er habe in einem auf Befehl des Justizministers veröffentlichten Beschlusse in Sachen der unschuldig verurteilten Gebrüder Hogerhuis abstrahlend die Thatfachen gefälscht. Nachdem das Tribunal in Haag in erster Instanz ein freisprechendes Urteil gefällt hat, indem es annahm, der Angeklagte habe bewiesen, daß er im öffentlichen Interesse gehandelt, hat der Staatsanwalt Revision eingelegt. Genosse Troelska hat indes für jeden Fall seinen Zweck vollständig erreicht, weil die Vernehmung der von ihm geladenen Zeugen die Unrichtigkeit des über die Gebrüder Hogerhuis gefällten Urteils dargelegt hat, wodurch die Wiederaufnahme ihrer Sache über allen Zweifel gestellt und die Freilassung der unschuldig Verurteilten nur eine Frage der Zeit ist.

#### Politisches, Gerichtliches usw.

**Nachklang von der Waiserei.** Wegen der Waiserei in Driesen erhielten 5 Parteigenossen Strafmandate von je 50 M. Auf ihren rechtzeitigen Einspruch verhandelte jetzt das Schöffengericht in Driesen über die Angelegenheit und setzte die Strafen auf 10 M. für den einen und je 6 M. für die anderen herab. Die Verurteilten wollten sich dabei auch noch nicht beruhigen und das Landgericht anrufen.

**Wegen unbefugten Sammelns** für die dänischen Ausgesperrten soll Genosse Hännisch, der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, 10 M. Geldstrafe bezahlen.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

**Zur Lohnbewegung der Glaser.** Der Zugang ist ferngehalten nach folgenden Verhältnissen: Wahl u. Sohn, Wadenwig, Jglick, Nachmann, A. Schmidt (Behrenstraße), Vogemann, May u. Co., Souhard, Diede, Raate u. Gaunter. J. A.: Die Streikkommission.

**Zum Streik in der Teppichfabrik von Heibisch** wird uns geschrieben: Herr Heibisch soll, wie in der Freitagsnummer des „Vorwärts“ zu lesen ist, dem Einigungsamt erklärt haben, daß er genügend Arbeiter zur Verfügung habe. Dem ist nicht so. Herr Heibisch hat in seinem Betriebe 25 Beloufische, davon sind nur 9 Stücke besetzt, ferner 35 Stücke, auf denen Wäminster-Teppiche gefertigt werden; an diesen sind nur 4 Gefellen und 8 Lehrlinge beschäftigt. Im ganzen dürften jetzt — mitinbegriffen die Meister, Bureauverwalter etc. — 30 Personen gegen sonst 180 Personen in der Fabrik thätig sein. Es ist selbstverständlich, daß die Streikenden auf das prompte Anerkennen des Herrn, einen Teil von ihnen wieder einzustellen, verzichten; die Ausständigen werden zusammen kämpfen und auch gemeinschaftlich fliehen.

**Achtung, Holzbildhauer!** Wegen Nichtbewilligung der geforderten Zulagen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Ausstand getreten: Thum, Grünstr. 35; Krubi, Neue Königstr. 10 (Arbeitet für Pringlow); Vogel, Niesdorfer, Knebeckstr. 115; Dittmann, Wälschstr. 7; Vary, Friedrichsbergstraße 10; Weper, Weiserstr. 7; Benning, Andreasstraße 39; Weib, Remelerstr. 81; Hölze, Wasserthorstr. 22; Seifert u. Wolf (Wongestr.), Fruchtstr. 36; Pringlow, Neue Königstr. 15; Schulz, Ringelstraße 30; Jacquemin, Alte Jakobstraße 88; Kirchner, Wälschstr. 42; Ort, Wallhabenstr. 57; Kramer, Kopenstraße 60; Solong, Niesdorfer, Walterstr. 36; Fiedler, Luisenfer 12; Schöy, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilhelmstr. 124.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Melbungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lohnkommission, Köpckestr. 62 (Restaurant Spielberg, Telephon Amt II 3092), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten.

#### Die Lohnkommission.

**Besamntiere.** Noch nicht bewilligt haben folgende Firmen: Wänger Bwe., Wendel u. Co., S. Wälsche, E. Wälsche, Köstermann u. Katinzanski, W. u. G. Kehler, A. Emsel, Hoffmann u. Weiland, A. Wägl, Neß u. Burmeister, E. Hoppe, F. Hoppe, Eider u. Haußig, Pringlow, Bolmer, Wehmer, S. Schmidt.

#### Die Lohnkommission.

**Der Ausstand der Isolierer und Rohrumbhüller** dauert unverändert fort. Der Vorschlag: vor dem Einigungsamt zu erscheinen, wurde zwar in einer am Freitagabend stattgefundenen Versammlung gebilligt. Dagegen machte sich allgemeine Unwille bemerkbar, von dem angestellten Lohnstarif etwas aufzugeben, da bei der gegenwärtigen Geschäftslage und dem anerkannten Wert, einmütigen Verhalten der Ausständigen die von ihnen gestellten Forderungen von den Unternehmern sehr wohl bewilligt werden können. Die Versammelten beschloßen einstimmig, daß die Delegierten der Arbeiter vor dem Einigungsamt für Bewilligung der zuerst aufgestellten Forderungen unbedingt einzutreten haben. Die Verhandlungen sollen in nächster Woche stattfinden.

**Beim Niesdorfer Gewerkschafts-Kartell** gingen vom 17. bis 21. September folgende Beiträge ein: Für die ausgesperrten Arbeiter in Dänemark Liste 200, gesammelt in der Piano-Mechanik-Fabrik Berlin, Schleißerstr. 18, 4,25 M. Liste 218, gesammelt in der Fabrik Baborenz, Niesdorfer, 12,00 M.

Für die Steinarbeiter Deutschlands, Liste 229, durch Wäntner 7,25 M.

Abgesandt sind für die ausständigen Lederarbeiter in Wälscher, 2. Hölze, 35 M.; für die ausständigen Steinarbeiter Deutschlands 30 M.

Weitere Beiträge nimmt entgegen: A. u. G. Kehler, Niesdorfer, Steinwegstr. 65. Dasselbst sind Listen für die Steinarbeiter zu haben.

**Achtung, Handels-Gilddarbeiter!** In Niesdorfer finden demnächst die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Um Stellung zur Wahl zu nehmen und die Auffstellung der Kandidaten zu bewirken, findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Versammlung der Hausdiener, Rufscher und Berufsgenossen im Saale des Herrn Wehmer, Steinwegstr. 65, statt.

**Achtung, Gewerkschaften Steglitz.** Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet in Steglitz-Friedenau eine Flugblatt-Verteilung statt. Treffpunkt für Steglitz in den bereits bekannt gemachten Lokalen, in Friedenau bei Grube, Kaiser-Allee 37. Zahlreiche Verteilung unbedingt nötig. Die Gewerkschafts-Kommission.

### Deutsches Reich.

#### Der Bergarbeiterstreik im Blauen Grund

Wie uns von dort geschrieben wird, beendet, ohne daß die Arbeiter etwas errungen haben. Die Schuld daran tragen die Arbeiter aber selbst, da sie nicht ausgehalten haben. Am Freitag voriger Woche stand der Streik für die Arbeiter noch ausgeglichen, es hatten sich zwar ein paar Mann wieder zur Arbeit gemeldet, dies änderte aber nichts an der ganzen Situation. Am Sonnabend wurden die Verhandlungen härter; durch die von den Werken erlassenen Schreckschüsse trat Ruchlosigkeit bei einem Teil der Streikenden ein. Sie befürchteten, ihre Arbeit nicht wieder zu erhalten, ihre wohlverdienten Rechte an der Knappheitskasse zu verlieren usw. und alles Jureden, Anfeuern nützte nichts, die erst vorhandene Energie, sie war verschwunden.

Doch glaubte man, es sei noch nicht alles verloren. Am Montag fand eine Versammlung statt, welche hauptsächlich für die Frauen einberufen war. Die Begeisterung, die auch hier herrschte, berechtigte noch zu den besten Hoffnungen. Aber es war zu spät. Durch die vielen Meldungen Arbeitswilliger vom Freitag und Sonnabend hatten die Werksleitungen wieder Skontrage bekommen. Als die Streikkommission am Montag wieder bei den Werksleitungen behufs Unterhandlungen vorstellig wurde, wurde ihnen bedeutet, daß es nichts zu unterhandeln gebe, wer sich wieder zur Arbeit melden wolle, ohne die Gewähr der Wiedereinstellung, der solle sich in einer ausliegenden Liste unterschreiben, etwas anderes gebe es nicht; damit war die Kommission entlassen. Das Resultat war auf dem fatalsten wie auf dem Wurgler Werk das ganz gleiche. Daß es wenige Tage zuvor bei den Werksleitungen noch ganz anders ausfiel, daß sie schon auf dem Wege waren, wenn nicht alles, so doch verschiedenes zuzugestehen, dafür liegen Anzeichen ausreichend vor, nur dadurch, daß die Arbeiter freiwillig wieder kamen, um bedingungslos wieder in das Joch zu kriechen, schwoß den Herren der Kammer.

Am Dienstag wie ebenfalls am vorhergehenden Montag dieser Woche meldeten sich immer mehr, der Anfang war einmal gemacht. Da gab es kein Halten mehr, einer rief den anderen mit fort. Der am Mittwoch tagenden Versammlung blieb weiter nichts übrig, als zu beschließen, den Streik aufzuheben, da unter diesen Verhältnissen die Fortsetzung desselben geradezu Blödsinn gewesen wäre. Am Montag waren es noch ca. 1000 Ausländische und am Mittwoch blieben höchstens noch 300 übrig, die sich noch nicht gemeldet hatten.

Eingestellt ist aber von den ausständig Gewesenen noch nicht ein einziger, alle müssen noch feiern, und es läßt sich heute noch nicht sagen, wann der Betrieb wieder voll aufgenommen wird. Man will den Arbeitern jetzt die Macht des Kapitals richtig fühlen lassen! Jedenfalls wird man jetzt erst eine Auslese halten unter den Wiedereinstellenden und wahrscheinlich die Vorführer und Leiter bei dem Streik aufs Pflaster werfen.

Wohle dem Besten! Das wird auch hier wahr werden! Eine Schonung wird es wohl nicht geben, daß zeigt schon das jetzige Gebahren des Siegers! Des Siegers? Ja, des Siegers, den die Arbeiter den Sieg selbst auf den Präsentierteller entgegen gebracht haben, sonst wäre der Sieger auf einer anderen Seite!

Wie war es nun möglich, daß in so kurzer Zeit sich ein derartiger Umschwung vollziehen konnte? Niemand hätte das geglaubt, daß es so kommen könnte, wer gesehen hat, mit welcher Kampfesfreudigkeit, mit welcher Energie der Kampf einsetzte. Dafür müssen ganz gewichtige Gründe vorliegen! Und das ist auch der Fall.

Wir wollen kurz die hauptsächlichsten anführen, tiefer darauf einzugehen, verbietet sich zunächst, da dies eines besonderen Artikels bedarf.

Der erste und hauptsächlichste Grund ist die ungenügend gewerkschaftliche Schulung der hiesigen Bergarbeiter. Abgesehen von einem guten Stamm, der vielleicht das fünfte bis 1/4 der sämtlichen hiesigen Bergarbeiter beträgt, sind die anderen trotz energischer Agitation nicht aus ihrer Gleichgültigkeit herauszubringen. Die Folge war, daß sie, nun der Kampf da, den Strapazen nicht gewachsen waren, und bei dem ersten Schreckschuß fielen sie um. Wenn aber schon beim Mann Aufklärung fehlte, viel schlimmer sah es noch bei den meisten Frauen aus, und auch darin ist ein Grund dieses Rückschlages zu suchen. Hinzu kommt noch das besondere Klassenwesen und das eigenartige Arbeitsverhältnis selbst, welches besonders im hiesigen Revier mit verschiedenen traditionellen Ueberbleibseln ausstärkt ist. Durch dies alles und verschiedene andere läßt sich der eigenartige Ausgang des Streiks zum Teil erklären.

**Die Porzellanarbeiter der Steinmannschen Fabrik in Tiefenfurt** sind jetzt in einer Anzahl von 170 Personen im Ausstand. Der Fabrikant hat jedes Entgegenkommen abgelehnt. Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden, obwohl die Firma fleißig insiziert. Der Geist der Streikenden ist ein guter, selbst die Frauen und die Lehrlinge sind mit ausgetreten. Die Mehrzahl der Ausständigen ist organisiert, allerdings haben viele die vorgeschriebene Karenzzeit noch nicht hinter sich und erhalten deshalb eine nur geringe Unterstützung. Die Streikenden eruchen deshalb namentlich ihre Berufsgenossen, ihnen pekuniäre Hilfe zuzuwenden. Gelder sind zu senden an: A. Barthelmeß, Walter, Tiefenfurt bei Liegnitz.

**Die Fälschanarbeiter von Bremen** haben fast ihre sämtlichen Forderungen bewilligt erhalten; der Streik ist darauf für beendet erklärt.

### Sociales.

**Bergmannsloch.** Der Katastrophe, die sich, wie schon kurz gemeldet, am Sonnabend auf der königlichen Grube Medien bei Saarbrücken ereignete, sind neun Menschenleben zum Opfer gefallen. Das Unglück ereignete sich, wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung aus Medien geschrieben wird, in dem sehr schlagwetterreich bekannten Flöße Heiligenwald, wo man damit beschäftigt war, von der zweiten nach der ersten Tiefbaufolge eine Wetterschraube zum Durchschlag zu bringen. Durch Sprengschüsse war die Kohle in Brand geraten, man mußte daher, um den Brand zu löschen, die Brandstelle durch schnell aufgeführte Dämme von der Luftzufuhr abschneiden, um so durch Mangel an Sauerstoff das weitere Umschlagreifen des Brandes zu verhindern. Mit diesen Arbeiten waren zwei Steiger und acht Vergleute beauftragt. Die Wetterzuführung nach der Unfallstelle mußte unterbrochen werden, weil andernfalls die Ausföhrung der Arbeiten infolge des Qualmes nicht möglich gewesen wäre. Die Abdämmung war fast beendet, als sich das schreckliche Unglück ereignete. Es waren zwei Dämme aufzuführen, der Raum zwischen den beiden Schupmanern war mit Sand ausgefüllt, und es war nur noch das Verputzen der Mauerfugen des zweiten Dammes zu erledigen, wodurch der Luftdichte Abschluß bewirkt werden sollte. Inzwischen hatten sich aber schlagende Wetter in der Arbeitsstrecke angesammelt, die wohl mit dem Brandherd in direkte Verbindung gekommen sein müssen, wodurch sie zur Explosion gebracht wurden. Mit furchtbarem Gewalt wurde das Mauerwerk beider Dämme auseinander gesprengt und die an Ort Arbeitenden wurden von den umherfliegenden Steinen und von dem Luftdruck in entsetzlicher Weise zerstückelt. Nach der Katastrophe wurden sofort die Rettungsarbeiten unternommen. Ein grauenhaftes Bild bot sich den Vergleuten, die zuerst bis zur Unfallstelle vordrangen. Durcheinander gestäubert lagen die Leichen der Verunglückten im Schutt, von einem Körper fehlte der Kopf, von einem anderen die Beine oder Arme, bei einem war der Brustkasten weggerissen, so daß die inneren Organe bloß lagen u. c. Die Leichen wurden zu Tage geschafft und in einem Hüttengebäude aufgebahrt. Was das Unglück noch verschlimmert, ist, daß sämtliche Verunglückte bis auf einen verheiratet sind und zum Teil starke Familien hinterlassen.

Der Jammer der Hinterbliebenen beim Anblick der furchtbar verstümmelten Leichen war herzzerreißend. Die Arbeiten zur Eindämmung des Brandes mußten fortgesetzt werden. Man kann sich wohl denken, mit welchen Gefühlen die Erbgemännschaften sich nach dem gefährlichen Posten begaben. Glücklicherweise wurden diesmal ohne Unfall die Dämme vollendet. In der Nacht erfolgte jedoch, wie von Vergleuten erzählt wurde, eine abermalige Explosion, wobei zum Glück niemand in der Nähe weckte, so daß die zweite Explosion keine weiteren Folgen hatte. Zum drittenmale ist man jetzt damit beschäftigt, die Dämme zu vollenden. Anfang nächster Woche werden die verunglückten Vergleute dem Schoße der Erde zur letzten Ruhe übergeben werden. Die Grube Medien ist mit einer ganz vorzüglichen Wittereinrichtung versehen. Eine Schuld an dem Unfall trifft niemanden.

Soweit der Berichterstatter des genannten Unternehmerorgans, Wir vermögen selbstverständlich als Laien nicht zu entscheiden, ob jemandem, und wem eventuell eine Schuld an dem grauenigen Unglück bezuzurechnen ist. Dagegen möchten wir nachstehende Erwägungen, die unser Essener Parteiorgan in Anknüpfung an den obigen Bericht, der Beachtung der möglichen Faktoren empfehlen. Das Blatt schreibt: „Durch die Eindämmung der Brandstelle hatten die Gase keinen Abzug; durch die steigende Hitze ferner mußten sich die Gase ausdehnen und die Dämme mittels einer Explosion fortzuschleudern. Die Explosion war unseres Erachtens selbstverständlich, sobald die Abdämmung nicht stark genug ausgeführt wurde, und das scheint hier der Fall gewesen zu sein.“

### Versammlungen.

**Die Steinarbeiter** hielten am Freitag eine stark besuchte Versammlung ab, um den Bericht über die Verhandlungen der Kommission mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Nach dem Bericht, den die Lohnkommission erstattete, hat, nachdem von beiden Parteien der Schiedsspruch des Einigungsamts anerkannt worden war am Mittwoch eine gemeinsame Sitzung stattgefunden. Ein Resultat wurde jedoch nicht erzielt, da es zu eigentlichen Beratungen gar nicht kam. Von den Arbeitervertretern wurden folgende Vorschläge unterbreitet: Normalarbeitszeit auf den Werkplätzen vom 1. März bis 1. November täglich 8 Stunden. Vom 1. November bis 1. März täglich 7 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 1/2 Uhr und endet im Sommerhalbjahr um 5 Uhr und im Winterhalbjahr um 4 1/2 Uhr. Pausen: 1/2 Stunde früh und 1 Stunde Mittag. An den Sonnabenden Schluß der Arbeitszeit um 4 1/2 Uhr. An den Tagen vor den großen Festen (Ostern, Pfingsten, Weihnachts) Schluß der Arbeitszeit um 8 Uhr und werden bei Tagelohnarbeit diese Tage voll bezahlt. Auf den Bauten hat der Steinmeyer die Arbeitszeit mit den Maurern einzuhalten und muß nur Sonnabends diesen Steinmeyer die nötige Zeit gewährt werden, damit sie zu gleicher Zeit mit den Plaggefehen den Lohn ausbezahlt erhalten.

Der niedrigste Lohnsatz eines Steinmeyergefehen beträgt pro Stunde 70 Pf. Ueberstunden auf den Werkplätzen werden mit einem Zuschlag von 20 Pf. bezahlt. Nacharbeit wird mit einem Zuschlag von 50 Pf. berechnet. Derselbe Zuschlag wird auch für Accordarbeit bei Nacharbeit zum gewöhnlichen Accordpreis hinzugerechnet. Der Zuschlag tritt auch auf den Bauten ein, wenn länger als wie die normale Arbeitszeit der Maurer gearbeitet wird. Bei Accordarbeit ist jedem Steinmeyer für die volle Arbeitszeit ein Lohn von 5,00 M. pro Tag zu sichern. (Stüde unter 3 M. werden nur in Lohn angerechnet.) Gehalt außerhalb der Reichsbildgrenze wird vergütet. Jeder Plag regelt im „Budenrecht“ seine inneren Verhältnisse betreffs Lohnbestimmungen, Verträge seitens der Gefellen, Kollere oder Geschäftsführer soweit wie möglich selbst. Bei Streitfällen, bei welchen auf den Plagen keine Einigkeit zu erzielen ist, hat zur schnelleren Erledigung eine Kommission, bestehend aus zwei Meistern und zwei Gefellen, zu entscheiden. Ewige Unkosten, die den Mitgliedern des Gefellenausschusses hierbei entstehen, trägt derjenige Teil, welcher unrecht hat. Außer diesen Vorschlägen ist von dem Gefellenausschuss auch ein Accordarbeitsvertrag unterbreitet worden, in dem für diejenigen Accordarbeiten, die bisher außerordentlich schlecht bezahlt worden sind, eine Preiserhöhung von 15 bis 25 Prozent in Vorschlag gebracht wird. Diese Vorschläge bewegen sich völlig in dem Rahmen des gefällten Schiedsspruches.

Die Kommission der Unternehmer ist jedoch auf alle diese Vorschläge nicht weiter eingegangen und hat erklärt, daß nur der alte Accordarbeitsvertrag um 5 Proz. erhöht werden soll. Demzufolge wurde in keine Beratung eingetreten und soll zunächst über die Vorschläge in den Versammlungen der Unternehmer sowohl als auch in denen von Arbeitern beraten werden.

Zu der sachlichen Diskussion, die dem Bericht folgte, wurde der Vorschlag der 5prozentigen Lohnerböhung entschieden zurückgewiesen und angeführt, daß der Gefellenausschuss recht minimale Forderungen gestellt hat, und daß, wenn die Unternehmer den Frieden wirklich wollen, sie dieselben ohne weiteres bewilligen könnten. Die Aufstellung eines genau präzisierten Accordarbeitsvertrages, wenn schon die Accordarbeit nicht gänzlich beseitigt werden soll, ist umso mehr notwendig, als bei der Berechnung beständig Differenzen vorkommen, und zwar weil die einzelnen Stüde zu Ungunsten der Arbeiter berechnet werden. Unter allen Umständen müßte die Forderung, daß auch den Accordarbeitern ein Mindestlohn von 5,00 M. garantiert wird, aufrecht erhalten werden, zumal nach dem System auf den meisten Plagen verfahren wird, bessere Arbeiten im Tagelohn und minderwertige Arbeiten im Accord fertig stellen zu lassen. In der weiteren Diskussion wurde von allen Rednern die Meinung vertreten, daß eine Verständigung wohl anzubahnen ist, aber nicht unter derartigen Bedingungen, wie sie seitens der Unternehmer aufgestellt worden sind, die den Anschein erwecken, als sollten damit die Arbeiter verhöhnt werden. Die gegenwärtige Situation wurde als einseitig als eine günstiger als bisher bezeichnet und besonders kommen die letzten bekannten Beschlüsse des Verbandes deutscher Steinmeyer-Gesellschaften, nach welchen auch die „Arbeitswilligen“ entlassen werden sollen, den Ausständigen zu gute. Wie verschiedene Redner ausföhrten, ist auch ein ziemlich großer Teil der Unternehmer, besonders diejenigen, die nicht so kapitalträchtig sind, mit diesem Vorgehen gegen die Arbeiter durchaus nicht einverstanden. Es wird auch aus diesem Grunde erwartet, daß die Unternehmer einen anderen Standpunkt als bisher einnehmen werden und den Arbeitern mehr Entgegenkommen zeigen. Die Stimmung unter den Ausständigen ist eine vorzüglich und herrscht eine Einmütigkeit wie kaum zuvor, wozu hauptsächlich das Verhalten der Unternehmer beigetragen hat. Nachdem sich noch mehrere Redner in diesem Sinne geäußert hatten, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Zuschlag von 5 Proz. auf den jetzigen Tarif nicht einverstanden, weil die einzelnen Positionen, wie sie jetzt bestehen, zu dehnbar sind und in der Zubereitung von 5 Proz. keine Lohnerböhung erblickt werden kann.“

Die Ausständigen halten an der Forderung: Garantierung einer wöchentlichen Zahlung von 80 bzw. 83,60 M. resp. 5 M. bzw. 5,60 M. pro Tag fest.

Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, die Arbeitgeber von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Gehen die Arbeitgeber innerhalb 48 Stunden nicht darauf ein, so hat die Lohnkommission das Gewerbegericht als Einigungsamt auf Grund des letzten Schiedsspruches innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Antwort anzurufen, um einen Schiedsspruch in obigem Sinne zu erwirken.“

Nach kurzer Debatte wurde unter „Verschiedenem“ dann noch folgende Resolution angenommen: „Die am 22. September versammelten ausständig Steinarbeiter Berlins sprechen ihre Mißbilligung aus gegenüber dem Verhalten der in der Kunststeinfabrik Strauß beschäftigten Steinmeyer und Stuccateure, welche einem Beschluß: „die Arbeit dort ruhen zu lassen, um Unterziehungen unmöglich zu machen“, strikte entgegen handelten. Die Versammlung fordert den denselben beschäftigten Steinmeyer Albert Kleinert, Schöneberg, Sedansstr. 12, auf, sein Amt als Gewerbegerichts-Beisitzer sofort niederzulegen.“

Außerdem wurde beschlossen, daß von jedem Plag, auf welchem bis 25 Steinmeyer beschäftigt sind, je ein, auf jedem Plag, wo etwa 50 und mehr Steinmeyer sonst arbeiten, je zwei Delegierte gewählt werden sollen, die gemeinsam mit der Lohnkommission alle weiteren Maßnahmen zu beraten haben.

Die Arbeiter waren vorgestern in den Armienhallen versammelt; da nur noch zwei Kollegen sich im Ausstand befinden, wurde beschlossen, daß das Streikbureau, welches bisher den ganzen Tag bei Stramm, Ritterstraße 123, geöffnet war, von nächste Woche ab nur abends von 8 bis 9 Uhr die Streikenden kontrolliert resp. Auskunft erteilt. Streikende, welche verheiratet sind, sollen von Montag ab pro Tag 2 M., für jedes Kind 1 M. Zuschlag, unverheiratete pro Tag 1,50 M. erhalten. Jeder Streikende, welcher unterfügt werden will, hat sich des Morgens im Arbeitsnachweis-Bureau, Ritterstr. 123, zwischen 8-9 Uhr zu melden. Hierauf wurden fünf Revoren für die Streik-Abrechnung gewählt. Dieselbe soll gedruckt allen Kollegen zugesandt werden. Es gelangte darauf ein Antrag der bisherigen Lohnkommission zur Annahme: Eine ständige Lohn- und Agitationskommission zu wählen. Folgende fünf Kollegen wurden dazu aufgerufen: Heinz Schulz, John, Dillerbed, Joachim und Krödel. Nach einem Appell an die Kollegen, wöchentlich 10 Proz. an die Streikklasse abzuführen, wurde die Versammlung um 1/12 Uhr geschlossen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Der Drehschraf vor dem Reichsgericht.

**Leipzig, 22. September.** (W. Z. V.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Staatsanwalts gegen das Urteil des Landgerichts Glogau vom 13. Mai d. J., durch welches der Rittgutsbesitzer und Amtsvorsteher Graf Walter Pöckler auf Klein-Tschirne von der Anklage der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander befreit wurde durch eine antilemische Rede, die er in Klein-Tschirne gehalten hat, sowie der Geschäftsführer des „Druckereivereins“ in Glogau, Josef Schleich, von der Anklage der Beihilfe dazu freigesprochen sind. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Verurteilung, da der Mangel des Beweises der Rechtswidrigkeit in ausreichender Weise von dem Landgericht festgestellt worden sei.

#### Zur Ministerkrise in Oestreich.

**Wien, 22. September.** (W. Z. V.) Heute wurde am Vormittage unter Thams Vorsitz ein Ministerrat abgehalten, an dem sämtliche Minister teilnahmen.

**Wien, 22. September.** (W. Z. V.) Die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fortschrittspartei, die Christlich-Socialen und die Deutsch-Radikalen hielten heute vormittag Klubtagungen ab. Es wurde hierbei beschlossen, die Einladung des Präsidenten Fuchs zu einer Verständigungskonferenz nicht anzunehmen.

**Wien, 22. September.** (W. Z. V.) Die Vereinigung des verfassungstreuen Großgrundbesitzers hielt eine Klubtagung ab und beschloß in die morgige Konferenz der Klub-Obmänner der deutschen Parteien die zur Vorbereitung des Pfingstprogramms neuerzeit delegierten Vorstandsmitglieder zu entsenden. Der socialdemokratische Verband beschloß einstimmig, die Teilnahme an der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses einberufenen Konferenz abzulehnen und verständigte den Präsidenten hiervon durch ein Schreiben, in welchem es heißt, die Socialdemokraten machten es sich zur Pflicht, eine geregelte Arbeit des Parlamentes zu ermöglichen und die Sprachfrage einer geordneten Lösung zuzuföhren; die beabsichtigte Konferenz erscheine für zu ungerne. Die Socialdemokraten konnten nicht an einer Aktion teilnehmen, zu deren Mithilfe die gegenwärtige unhaltbare Regierung angerufen werde.

#### Transvaalfrage.

**London, 22. Septbr.** (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau erfährt, es sei von der Regierung eine Depesche abgesandt worden, in der gegen die wider den britischen Agenten erhobene Beschuldigung der mala fides entschiedener Einspruch erhoben wird. Die Depesche brüde das tiefe Bedauern über die Ablehnung des Angebots der britischen Regierung aus und teile mit, daß die britische Regierung jetzt dazu übergehe, ihre eigenen Vorschläge zur Erledigung der Angelegenheit aufzustellen. Das Reutersche Bureau erfährt weiter, daß diese Vorschläge in einem Ende nächster Woche abzuhaltenden Kabinetrat erwogen werden sollen. In amtlichen Kreisen verlaute, daß die gegenwärtige Haltung Transvaals als eine solche erscheine, welche die britische Regierung nicht hinnehmen könne, doch werde weitere Korrespondenz erwartet.

**Stet, 22. September.** (W. Z. V.) Der Kaiser Nikolaus besichtigte heute nachmittags um 4 Uhr mit dem hier eingetroffenen Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die kaiserlichen Posten „Standard“ und „Polarkern“.

**Frankfurt a. M., 22. September.** (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wülhausen (H.), daß die Trauerfeier für den verstorbenen Senator Scheuer-Resner am Montag und die Beisetzung voraussichtlich am Dienstag in Hamm stattfinden.

**Frankfurt a. M., 22. Sept.** (W. Z. V.) Die „Post. Jtg.“ meldet aus Madrid: In Madrid in der Provinz Cartagena hat die karlistische Agitation einen bedenklichen Grad erhalten; für einen Feldzug haben die Karlisten bereits ihre Führer ernannt.

**Frankfurt a. M., 22. September.** (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Das von der demokratischen Partei in Massachusetts angenommene Programm bezeichnet den Krieg gegen die Philippinen als verbrecherisch und aggressiv und verlangt für die Philippinen Unabhängigkeit und Schutz gegen einen fremden Angriff. Es macht sich eine starke Strömung für Bryan bemerkbar.

**Wien, 22. September.** (W. Z. V.) Wie die Blätter melden, erfolgt morgen in der „Wiener Zeitung“ die Verlautbarung der Ausgleichsregeln betreffend das Zoll- und Handelsabkommen und betreffend das Sanprivilegium.

**Wien, 22. September.** (W. Z. V.) Wie offiziell berichtet wird, wurden bei dem heutigen Eisenbahnunglück in der Nähe von Pongiz nur fünf Soldaten und drei Bahndienstleute verwundet. Bekanntlich war hier ein Militärzug mit einem Lastzuge kollidiert, wobei drei Waggons zertrümmert wurden.

**Paris, 22. September.** (W. Z. V.) Der Tod des Divisionsgenerals Brault hat in militärischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Da die Witwe des Verstorbenen völlig mittellos ist, wird der Kriegsminister vorgeschlagen, der Witwe eine Tabaksgewinnung in Kasoie zu übertragen.

**Leus, 22. September.** (W. Z. V.) Infolge einer Explosion in den Gruben von Vethume wurden 3 Vergleute getödtet, zwei schwer verletzt.

**London, 22. September.** (W. Z. V.) Den Abendblättern zufolge ist in dem heutigen Ministerrat kein endgültiger Beschluß hinsichtlich eines sofortigen entscheidenden Vorgehens in der Transvaalfrage gefaßt worden.

**Algier, 22. September.** (W. Z. V.) Wie nunmehr feststeht, hat Max Régis in der letzten Nacht die „Villa Antjuive“ verlassen; wohin er sich gewandt hat, ist nicht bekannt. Das Blatt „Télégramme“ will wissen, daß sich Régis auf einem kleinen Schiff nach Spanien begeben habe. Acht Genossen von Régis wurden verhaftet.

**Algier, 22. Sept.** (W. Z. V.) Die Polizei ist der Ansicht, daß der aus seiner Villa geflüchtete Max Régis sich in der Umgegend von Algier aufhält und nicht nach Spanien entkommen ist. Auch glaubt man, daß er von seinem Versteck aus einen Handstreich vorbereitet. Sein Signalement ist allen Gerichtsbehörden übermittelt worden.

**New York, 22. September.** (W. Z. V.) Von New Orleans werden drei neue Erkrankungen, kein Todesfall an gelbem Fieber gemeldet. In New York kamen 24 neue Erkrankungen und 2 Todesfälle vor.

Kommunales.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat die Stadtverordneten-Versammlung auf fernere sechs Jahre wiedergewählt: die Bürgerdeputierten Hausland bei der Schuldeputation, Dr. Vortels bei der Deputation für die städtische Armenanstalt, Allmann bei der Steuerdeputation, Dr. Deite bei der Gewerbe-Deputation, Spindler bei der Parkdeputation und Kuchmüller bei der Deputation zur Verwaltung des Gefindefelds zc. Fonds. Ferner wurde neu gewählt der Rentier Julius Cohn, Landgrafenstr. 9, als Bürgerdeputierter bei der Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame.

Der Stadtverordnete Hugo Sachs hat in Gemeinschaft mit noch 15 Stadtverordneten in der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, eine Zusammenstellung der Ortsstatuten, Regulative, Verträge mit Gesellschaften, Tarife u. dergl. zu bewirken und durch Druck vervielfältigen zu lassen.

Lokales.

Korbmacher Fischers Sammelpolitik.

Mit der Verunglimpfung der Socialdemokratie läßt sich am Ende ein feines Geschäft machen. So dachte Korbmacher Fischer, nachdem seine ersten Subeleiten den Verfall der Stimmlinge gefunden hatten. Der Wiedereinsatz beschloß also, selber zu thun, was er in seinen Verleumdungs-Märchen von den Socialdemokraten erzählt, nämlich durch Sammlungen zu angeblich agitatorischen Zwecken die eigenen Taschen zu füllen. Fischer „gründete“ deshalb im Juni dieses Jahres ein „Agitations-Komitee“ zur Verunglimpfung der socialdemokratischen Bestrebungen.“ Dies Komitee bestand allerdings nur aus der Person Fischers, der unter obiger Firma Aufrufe zu Geldsammlungen an eine große Anzahl solcher Personen ergoß, die er ihrer gesellschaftlichen Stellung nach für Patrioten und Socialistenfeinde hielt. In den Aufrufen sagte Fischer mit der an ihm bekannten Wahrheitsliebe, daß hinter dem „Komitee“ bekannte und angesehene Männer ständen, die nur aus Furcht vor Verunglimpfung durch die Socialdemokraten ihre Namen nicht zu der „guten Sache“ hergeben möchten. Die gesammelten Gelder sollten nach Fischers Angabe zur unentgeltlichen Verteilung seiner Broschüren unter die Arbeiter dienen. — Natürlich war es dem eifrigen Sammler auch darum zu thun, daß seinem Unternehmen in den Augen der angesehenen Personen ein möglichst vertrauenswürdiges Aussehen gegeben werde. Fischer suchte und fand unter seinen alten Bekannten einen Mann, der von seiner Militärzeit her irgend eine Medaille besaß. Das war es, was der Geschäftsmann brauchte. Mit der blinkenden Medaille auf der Brust mußte der Vertrauensmann Fischers um Gelder „zur Verunglimpfung der socialdemokratischen Bestrebungen“ betteln gehen. Endlich zeigte sich der Erfolg dieser Bemühungen. Einer der angesehenen Patrioten spendete eine ganze Mark. Fischer legte diese Mark sogleich in Bier und Cigarren an, um sich zum weiteren Kampf gegen die socialdemokratischen Bestrebungen zu stärken. Im übrigen wartete das „Komitee“ vergebens auf den Eingang weiterer Geldmittel. Sei es nun, daß die angebetelten Leute nur dann für den Kampf gegen die Socialdemokratie zu haben sind, wenn es nicht kostet, oder sei es, daß sie dem Fischer nicht trauten, genug die Patrioten hielten die Hand auf dem Gewissen und das „Komitee“ sah auf dem Trocknen. Aber so leicht gab Fischer das Geschäft nicht auf. Er kalkulirte: Wer kein Geld gibt, setzt sich damit dem Verdacht aus, die Socialdemokratie heimlich zu begünstigen. Also veränderte das „Komitee“ erneute und dringendere Brandbriefe an bekannte Persönlichkeiten. Aber nur einer ließ sich patriotisches Herz erweichen und dieser war der Charité-Direktor Spinola. Er griff in die Tasche und spendete dem biederen Korbmacher 10 Mark „zur Verunglimpfung der socialdemokratischen Bestrebungen.“ Als diese Summe einging, wurde ein Teil derselben unverzüglich zur „geistigen Stärkung“ des „Komitees“ verwandt, während Fischer den Rest anderweitig, jedoch nicht zur Verunglimpfung der Socialdemokratie verbrauchte. Nun machte sich Fischer mit seiner Vettelei an den Kommuniarath Kühnemann heran und mit diesem fand er endlich verständnisvolle Teilnahme. Großmütig wurde dem gewerdmäßigen Verleumder die Kasse des Verbandes der Metallindustriellen geöffnet, deren Mittel ihm die Herausgabe seines neuesten albernem Machwerkes ermöglichten. So hat der Fischer in dem von Herrn Kühnemann geleiteten Verbande der Metallindustriellen endlich wieder einen Beschützer gefunden, der bereit ist, ihn in seiner Verleumdungsarbeit zu unterstützen. Das den Arbeitern hinlänglich bekannte Treiben des Verbandes der Metallindustriellen wird durch die Verbrüderung mit Fischer wieder einmal auch vor der übrigen Welt offenbart. Und das ist immerhin von einigem Wert.

Die Einführung der Gasautomaten steht nach der Mitteilung einiger Blätter nahe bevor. Es sollen 600 Liter Leuchtgas für 10 Pf. geliefert werden, so daß der Kubikmeter Gas, automatisch bezogen, sich auf 16 2/3 Pf. stellt, während dies Volumen jetzt 16 Pf. kostet. Der 1/2 Pf. Ueberzuschuß soll die bei den Automaten formell wegfallende Gasmesserrente bedeuten. Andererseits wäre die Einführung der Gasautomaten nur ein halber Schritt. Gleichzeitig müßten Leuchtungsapparate möglichst billig in Menge gegeben werden, ganz abgesehen davon, daß die Abtrennung völlig kostenlos zu erfolgen hätte. Mindestens ebenso notwendig als die automatische Beschaffung von Leuchtgas wäre aber die Beschaffung von Kochgas auf dieselbe Weise und die Stellung geeigneter Kochapparate. Nur wenn die städtische Verwaltung sich zu so umfassenden Maßnahmen entschloß, zu der sich noch die Verbilligung des Leuchtgases auf 10 Pf. zu gesellen hätte, wäre darauf zu rechnen, daß auch der Arbeiterbevölkerung der Gasofen zugänglich würde und daß die Gasproduktion sich zum Vorteil der Gemeinde ganz erheblich erhöhte.

Die Errichtung einer offenen aber bedeckten, ausgedehnten Unterkunfts-halle für die Besucher des Friedrichshains in der Nähe der Bernauerstraße, welche an beiden Enden eine getreue Nachbildung des Eingangsthoros in die Stadt Rothenburg an der Tauber darstellen soll, ist nach einem Plan des Stadtbaurats Hoffmann vom Magistratskollegium genehmigt worden. Die Baukosten sind auf 32 000 M. veranschlagt worden.

In unserem Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung vom 21. September ist bei der Wiedergabe der Rede des Genossen Singer ein Irrtum unterlaufen. Gen. Singer hat selbstverständlich nicht gesagt, daß der geplante „Kinderfang“ deshalb hinfällig werde, weil bis 6 1/2 Uhr morgens ja doch das Frühstück bereits ausgegeben sei, sondern umgekehrt: der in Aussicht genommene „Schnap“ werde deshalb seine Wirkung verfehlen, weil die Kinder zum Austragen des Frühstückes zc. ja nach 6 1/2 Uhr noch genügend herangezogen werden können.

Antisemitenkampf gegen jüdische höhere Töchter. Ueber neuerdings vorgekommene Zurückweisungen jüdischer Mädchen von der Aufnahme in höhere Privatschulen, insbesondere im Westen Berlins, wurde in der letzten Repräsentantenversammlung der hiesigen jüdischen Gemeinde gesagt. Unter anderem wurde ein Schreiben einer Institutsvorsteherin verlesen, worin diese zwar die Aufnahme von Schülterinnen mosaischen Glaubens nicht grundsätzlich ablehnt, jedoch erklärt, jüdische Mädchen nur dann zuzulassen zu können, falls sie von der neunten bis zur ersten Klasse regelmäßig am christlichen Religionsunterricht teilnehmen, um so die einheitlich in christlichem Geiste geleitete Erziehung an der Anstalt nicht zu ge-

fährden. Aus der Mitte der Versammlung wurde gegen ein solches Vorgehen Einspruch erhoben und ein derartiges Verlangen als unerhörter Gewissenszwang bezeichnet. Man wies darauf hin, daß weder das Allgemeine Landrecht noch das sogenannte Judentum von 1847 die jüdischen Kinder zur Teilnahme am christlichen Religionsunterricht verpflichten; eine dahingehende Forderung sei geradezu gesetzwidrig, zumal es sich keineswegs um eine konfessionelle Schule handle. Dem Kultusminister soll von diesen Vorkommnissen Mitteilung gemacht werden.

An der Central-Markthalle für den Kleinhandel wird jetzt zu beiden Seiten der an der Kaiser-Wilhelmstraße neben der Stadtbahn-Überführung liegenden Durchfahrt je ein Thor für Fußgänger ausgebrochen. Der Verkehr war hier in den letzten Jahren so schwierig und geradezu gefährlich geworden, daß eine endliche Erweiterung dieses meistbenutzten Ein- und Ausgangs nicht länger abzuweisen war.

Nach dem Bericht des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind im Monat August 1899 auf dem städtischen Schlachthofe 56 238 Schweine — gegen 47 851 im August 1898 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 8 Stück wegen Trichinen und 18 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Der vorläufig aus der Untersuchungshaft entlassene Direktor Oskar Foellmer von der Wohlfahrts-Einrichtung für deutsche Veteranen-, Invaliden- und Beamtenheim und dem Emil Frommel-Heim ist wieder verhaftet worden. Das soll in erster Linie mit einer Urkundenfälschung zusammenhängen. Im August d. J. trat Foellmer an den Bankier Rodewaldt in der Niederwallstraße mit der Bitte heran, für das von ihm gegründete Emil Frommel-Heim einen Beitrag zu spenden. Er erzählte dabei, daß Pfarrer Diebstall von der Nazarethgemeinde sein Haus dem Emil Frommel-Heim verkauft habe, und führte wie immer eine ganze Reihe hoch klingender Namen zur Empfehlung seiner Gründung an. Als Direktor des Heims bezeichnete er den Oberleutnant a. D. von Gotsch, der sein Gut Egelbach in Thüringen für einen äußerst geringen Preis dem Frommel-Heim angeboten habe. Zum Anlaß dieses Gutes brauche er, Foellmer, noch einiges Geld. Rodewaldt verhielt sich ziemlich ablehnend, versprach aber, ein Darlehen von 1000 M. geben zu wollen, wenn Foellmer ihm die Vermögens-Unterstützung eines der von ihm genannten Ehrenmitglieder bringe. Foellmer lud darauf unter anderen den Schwiegersohn Emil Frommels, den Hof- und Garnisonprediger Kehler zu Potsdam, ein, an der am nächsten Sonntag stattfindenden Einweihung des Emil Frommel-Heims in Hermsdorf teilzunehmen. Dieses Heim ist, nebenbei bemerkt, das eigene, stark verschuldete Haus Foellmers. Hofprediger Kehler schrieb dem Veranstanter einen Brief, worin er bedauerte, an der Einweihungsfest nicht teilnehmen zu können, da er durch Amtsgeschäfte abgehalten sei. Nun hatte Foellmer wenigstens ein Schreiben eines Ehrenmitgliedes in der Hand. Mit dem Briefe ging er wieder zu Rodewaldt in der Hoffnung, ihn damit zufriedenzustellen zu können. Als auch dies schließlich überbrachte er dem Bankier einen Vermögensschein mit seiner Unterschrift und der des Hofpredigers Kehler, worauf er das Darlehen erhielt. Die zweite Unterschrift war, wie sich jetzt herausgestellt hat, gefälscht. Das geliehene Geld stieß in Foellmers Tasche.

Sein Complice Fischer soll, wie uns berichtet wird, schon wegen Betruges mit Gefängnis vorbestraft sein. Fischer wußte seine Wirtin um Miete und Kostgeld für sieben Monate zu prellen. Wie uns versichert wird, hat er aber nie unterlassen, beim Mittagessen den Herrn Jesu zu Gast zu bitten.

Ebenso wie für Verlegung von Fernsprechkabeln, wenn sie auf Wunsch der Teilnehmer erfolgt, feste Vergütungen erhoben werden, kommen seit dem 1. April feste Vergütungen auch für solche Arbeiten zur Erhebung, die für die Verlegung der Teilnehmer bei den Stadt-Fernsprechkabeln zur Ausführung gelangen, ohne daß sie als Verlegung der Sprechkabeln anzusehen sind. Für die Anbringung eiserner Wieder ist neben den Beschaffungskosten eine Vergütung von 4 M. einzuziehen. Die Vergütung für alle anderen kleineren Arbeiten, wie die Abnahme und Wiederanbringung von Zimmerleitungen usw., ist nach einem Einheitspreise von 50 Pf. für den Arbeiter und die Stunde zu berechnen. Im Anschluß hieran ist der „Deutlich. Verf.-Ztg.“ zufolge neuerdings bestimmt worden, daß die nur unter gewissen Voraussetzungen zulässige vorzeitige Aufhebung von Fernsprechanlagen, insbesondere Telegraphenanlagen und Nebentelegraphen davon abhängig zu machen ist, daß der Inhaber entweder die Vergütung für die Zeit bis zum Ablauf des Vertrages entrichtet oder der Postkasse für jede aufzugebende Sprechkabelnlinie die Verlegung der Leitung von 15 M. und für abzubrechendes Gehäuse und abzubrechende Leitung einen angemessenen, der erfüllten Vertragsdauer entsprechenden Teil der Herstellungskosten und Abbruchkosten vergütet. Für die Vereitigung der Einrichtungen bei der Verlehrsanstalt ist eine Entschädigung nicht in Anspruch zu nehmen.

Professor Ludwig Anas vollendet am 5. Oktober das 70. Lebensjahr. Die Akademie der Künste wird ihm zu Ehren eine Ausstellung seiner Werke veranstalten. Gleichzeitig sollen Arbeiten Franz von Deggers angefertigt werden, die jetzt gerade ein Vierteljahrhundert der Akademie angehört. Die Doppelausstellung wird für die Monate Januar und Februar 1900 vorbereitet.

Zum Morde in der Wilhelmstraße bringt ein hiesiges, in solchen Dingen vielleicht nicht ganz unerfahrenes Blatt die Mitteilung, daß die Kriminalpolizei die Thäter unter den Zubältern suchte. Zunächst hätten sich bei dem Polizeipräsidenten verschiedene unter Sittenkontrolle stehende Dirnen gemeldet, welche zu dem Ermordeten in Beziehung standen, und ferner sei in letzter Zeit ohne Wissen des Wirts in dem Gartenlokal des Hauses Wilhelmstr. 118 viel derartiges lästiges Gerede aufgetaucht. Nach Wissenhaft des angeführten Journals teilen sich die Berliner Zubälter in drei Kategorien: die Friedrichstädter, die Voigtländer und die Kieger. Die Voigtländer treiben ihr Wesen im Norden Berlins, sie leben von der Prostitution im Quartier latin und haften in der Gegend vom Dramenburger bis zum Schönhauser Thor. Die Kieger Zubälter haben ihre Schlafstätten am Gesundbrunnen und am Schleißischen Thor.

Für den vorliegenden Mord dürften nach dem Blatte nur die Erstgenannten, die Friedrichstädter, in Betracht kommen. Diese Kategorie rekrutiert sich aus Leuten, welche einst bessere Tage gesehen haben und durch Leichtsin auf diese traurige Bahn des Lasters gelangt sind.

Weiter schreibt das Blatt: „Der Terrorismus, den die Zubälter auf diese unglücklichen Weiber ausüben, ipottet jeder Beschreibung. Man kann sich von der Frechheit dieser Lumpen vielleicht einen Begriff machen, wenn man im Auge faßt, daß die Zubälter eine Unterstufungsklasse gebildet haben, aus deren Fonds solche Kollegen, welche durch die polizeiliche Internierung ihrer Dirne der Ernährerin beraubt sind, auf die Zeit bis zu deren Rückkehr erhalten werden. Daß jede Spur von Scham und von Gewissen in diesem Abschaum der Menschheit erstorben ist, dafür diene ein kleines Beispiel: Der Verein der Friedrichstädter Zubälter trägt den Namen „Glaube, Liebe, Hoffnung“.“

Nach Spandau gebracht worden ist gestern der Häufiger Schläftermann von der 10. Kompanie des 4. Garde-Regiments zu Fuß, der als Kompagnieschreiber 100 M., für die beim Abgang Reserve-Erinnerungen gekauft werden sollten, unterschlug und dann im Dezember vorigen Jahres fahnenflüchtig wurde, und zwar gerade an dem Tage, an dem er zum Gefreiten befördert werden sollte. Der Flüchtige wurde, wie wir seiner Zeit mitteilen, in Hannover erlauft und ergriffen, als er ein Krankenhaus aufsuchen mußte.

Eine Spielergesellschaft wurde am Dienstag in Hoppesgarten in voller Thätigkeit von der Polizei überfallen. Die Gesellschaft bestand aus 25 Personen, ihr gehörten außer Buchmachern Rentiers und Handwerker an. Sie hatte sich nach Schluß der Rennen in einem Privatbause zusammengesehnen und huldigte dem bekannten „Lippeln“. Als die Seele des Ganzen wurde dem „Verl. Tagebl.“ zufolge ein in Berlin in der Elsfasserstraße wohnendes Ehepaar L. festgestellt, das bereits wegen gleicher Vergehen öfter mit der Polizei und dem Strafgericht in Konflikt gekommen ist. Das Ehepaar besorgte die Bewirtung der Spielergesellschaft, indem es trinkbaren Stoff aus Berlin herüberbrachte und zu horrenden Preisen absetzte. Die Gendarmerie stellte die Namen der sämtlichen Beteiligten fest; nur zwei Mitglieder hatten vorher ein unzugängliches Versteck gesucht.

Entführung. Die Frau Bellgart aus der Kaiser Friedrichstraße 45 zu Charlottenburg, die eines Gemütsleidens wegen von ihrem Manne bei der Hebamme W. in der Kurfürstendamm 1 in Pflege gegeben war, ist von dort angeblich samt ihrem Kinde gewaltsam entführt worden. Nach der Meldung eines Verächterflatters sind der Vater und der Bruder der kranken Frau, mit denen sie in Geldangelegenheiten einen Civilprozeß führte, auf sie eingedrungen und haben sie gewaltsam unbekannt wohin geführt. Ein nächsten Tage sollen sie das Kind, das in der Pension verblieben war, ebenfalls abgeholt und nach einem unbekanntem Ort gebracht haben. Die Angelegenheit klingt so unglücklich, daß vorab wohl noch nähere Mitteilungen abzuwarten sind.

Konkursverfahren. Nach einer Mitteilung an das „Verl. Tagebl.“ hat das hiesige Landgericht I den Beschluß des Amtsgerichts I vom 20. August d. J. aufgehoben und das Amtsgericht angewiesen, den Antrag auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Herrn v. Broich, Geheimen Ober-Regierungsrats und vortragenden Rats im Staatsministerium statzugeben, sobald der Antragsteller einen Kostenvorschuß von 1500 M. eingezahlt hat. Dieser Kostenvorschuß soll, dem „Verl. Tagebl.“ zufolge, geleistet werden.

Ein Stenographentag der Anhänger der Systeme Stolz-Schrey findet in der Zeit vom 28. September bis 3. Oktober in Berlin statt. Am Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, wird ein Beisitz an der Stadthalle Wilhelm-Stolzes auf dem Friedebad der Dommogemeinde in der Diefenstraße abgehalten. Vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr findet eine öffentliche Sitzung im Festsaal des Rathauses, Königstraße, mit nachfolgender Tagesordnung statt: Vizepräsident Ober-Regierungsrat Broich, Direktor des königlichen Statistischen Bureau: Jun. Gehobener Wilhelm Stolzes, Dr. Pösch, Dirigent der Realschule in Rottmoss: Kurzschrift und Stenografie. Generalleutnant J. D. v. Bunske: Die Stenographie im Deere, Justizrat, Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Runder: Die Kurzschrift in der Rechtspflege.

Theater. Im Schiller-Theater können, da bereits für nächsten Donnerstag die erste Aufführung von „Iphigenie auf Tauris“ angelegt ist, nunmehr drei Wiederholungen des Subermannischen Schauspiel „Die Ebre“ stattfinden und zwar Sonntagabend, Mittwoch und Sonnabend der nächsten Woche. — Victoria-Theater. In der Sonntagmorgen-Vorstellung am 24. d. M. tritt zum ersten Male Herr Direktor C. Gammert als „Reinhardt“ in „Der und Stabi“ auf. — Im Metropol-Theater wird die Revue „Berlin lacht“ noch diesen Monat gegeben. Der nächste Monat bringt eine neue Barocke. — Die Direction des Passage-Panoptikums teilt mit, daß sie das anatomische Museum nächstend eröffnen werde.

Im Circus Busch werden heute drei neue Nummern dem Programm eingereiht: Rollen zu Pferde, die Night-Cap-Stakos und ein Zweirad-Flegelreuenen.

Der Circus Schumann wird nächsten Monat seine Sesseln im Circus Renz eröffnen.

Feuerbericht. Das Haus Kößlenerstraße 21 wurde in den letzten Tagen wiederholt von Wänden heimgesucht, die zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Glücklicherweise konnte das Feuer jedesmal noch im Entstehen gedämpft werden. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet, doch fehlt bis jetzt jeder Anhalt. Ein brennender Herdwanne verursachte Donnerstagabend gegen einen Alarm der Feuerwehr nach dem Holzsteiner Ufer 18/14. Die gesamte Ladung wurde teils vom Feuer zerstört, teils durch die ihr von zwei Schlauchleitungen zugeführte Wassermenge unbrauchbar gemacht. — Vorzüglich in Brand geriet vor heute früh 4 Uhr eine Koppel auf dem Egerzierplatz in der Schwedterstraße. Die Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit. Der Thäter ist nicht ermittelt.

Aus den Nachbarorten. In Waldmannslust tagt am Sonntagmorgen 3 1/2 Uhr bei Streckendach (Ramenwäldchen) eine Volksversammlung, in der ein Vortrag des Genossen Kofke sowie die Gründung eines Wahlvereins auf der Tagesordnung steht.

Ober-Schöneeweide. Heute abend 8 1/2 Uhr tagt der Arbeiter-Bildungsverein bei Hofersland.

Verkehrverbesserungen enthält der neue Winterfahrplan der Linien der westlichen Vorortbahn. Kamentlich für die Linie Rollendorfsplay—Aurfsiedendamm—Hallensee—Hundekehle und für die Verbindung zwischen Schöneberg—Friedenau und Steglitz sind dieselben von Bedeutung. Es wird nämlich auf der erigenannten Linie an Stelle der jetzt nur halb stündigen Wagenfolge zwischen dem Rollendorfsplay und Hallesee von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends ein regelmäßiger 15 Minutenverkehr und dann bis 12 Uhr nachts noch ein halb stündlicher Verkehr eingerichtet werden. Von Hallesee ab ist dem über St. Hubertus nach Hundekehle zunächst nur ein durchgehender Halbstundenverkehr vorgesehen. Später soll die im Bau begriffene Strecke Hallesee—Hundekehle durch die Königsallee eröffnet und der Viertelstunden-Verkehr in der Weise eingeführt werden, daß von Hallesee aus abwechselnd immer ein Wagen über St. Hubertus und der andere durch die Königsallee bis Hundekehle ganz durchfährt. Weitere wichtige Veränderungen soll der Winterfahrplan auf der Hauptlinie „Zoologischer Garten—Rollendorfsplay—Schöneberg—Steglitz“ bringen. Hier ist vor allem die Einführung einer ganz neuen Linie von Bedeutung, die vom Bannewald-Bahnhof „Gr. Görtschenstraße“ durch die Bahn-, Haupt- und Friedenauerstraße ebenfalls nach Friedenau und Steglitz führen und die Endstraße der wichtigen neuen Linie Berlin-Lankfurt—Dennewitzstraße—Schöneberg—Steglitz bilden wird. Auf dieser letzteren soll zunächst von morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr ein 20 Minuten-Verkehr stattfinden. Dagegen sollen auf der alten Hauptlinie Rollendorfsplay—Steglitz stündlich 8 Wagen ausfallen, d. h. sie sollen nicht bis Steglitz, sondern durch die Markstraße zum Bahnh. „Ebersstraße“ geleitet werden. Die hierdurch entstehenden Lücken sollen jedoch wieder ausgefüllt werden durch die stündlich drei Wagen der neuen Linie „Groß Görtschenstraße—Steglitz“. Die Fahrt auf der ganzen Linie Rollendorfsplay—Hallesee—Hundekehle wird dann 30 Minuten (gegen jetzt 35) und bis Hallesee 18 Minuten betragen, während für die neue Linie „Groß Görtschenstraße—Steglitz“ 20 Minuten festgesetzt sind.

Die Explosion in Rixdorf ist auch heute noch nicht aufgeklärt. Die Aufklärungsarbeiten ruhen noch, bis die Baukommission die Unfallstätte besichtigt hat. Die verunglückten Arbeiter befinden sich auf dem Wege der Besserung. In einer sonderbaren Lage sind immer noch die vier Schweine, die verschüttet wurden und am Leben blieben. Es sind alle vier große und fette Tiere, die bald zum Schlachten verkauft werden sollten. Man füttert sie durch ein Loch im Trümmerhaufen von oben her.

Die Sicherheitskräfte an der Oberspree erscheinen im bedenklichen Mangel, wenn die folgenden Zeitungsmeldungen über das dortige Räuberumwesen zutreffen. Es wird geschrieben: Der Ve-

nicht vom Ueberfall im Restaurant „Rübezahl“ Hang so abenteuerlich, daß die Behörde annahm, es könne sich hier nur um einen dummen Witz handeln. Bald sollte aber die Polizei eines andern belehrt werden. Der Wächter Ferdinand Hauff in Grana u besitzt in der Nähe des Restaurants „Karolinhof“ ein Stück Land, auf welchem er auch eine kleine Schankwirtschaft betreibt. Da Herr H. schon wiederholt durch Feldhiebe bestohlen worden ist, so pflegte er in seinem kleinen Gartenhause zu schlafen. Im Garten selbst hält er zur Sicherheit noch außerdem zwei bissige Hunde. In der Nacht zum Donnerstag wurde H. durch das Ausschlagen seiner Hunde aus dem Schlafe geweckt. Bald verwandelte sich das wilde Gebell der Hunde in ein langgezogenes Geheul, und gleich darauf vernahm H. ein verdächtiges Geräusch an seinem Haupte. Ein Schuß wurde abgegeben, eine Kugel drang durch das Fenster des Schlafzimmers und pflanzte sich an dem Kopf des H. vorbei. Der Bedrohte ergriff ein Tischchen und feuerte dieses blindlings ins Freie ab. Als Erwiderung ertönten mehrere Revolverkugeln und drei Angeln schlugen in die starke eichene Thür des Gartenhauses. Die Thür wurde gleichzeitig erbrochen und H. erblickte nun vier Männer, die mit hochgehaltenen Revolvern in die „Festung“ hineintraten. Da unter den ohnverwaltenden Umständen jede Verteidigung aussichtslos war, so legte Herr Hauff seine Waffe beiseite und traktierte die nunmehr sehr liebenswürdig gewordenen Mörder mit Bier und Obst, welche sodann eine Hausordnung abteilten. Die Verbrecher fanden ca. 15 M. vor, von denen sie eine Mark dem Ueberfallenen als Wechselgeld zurückgaben. In freundlicher Weise erzählten sie Herrn Hauff, daß sie einen gleichartigen Besuch im Restaurant „Rübezahl“ abgefaßt hätten, nahmen ihm die Denkmünzen aus den Feldzügen 1870/71 ab und ließen sich schließlich von ihrem unfreiwilligen Gastgeber das Versprechen geben, daß er sie nicht verraten werde. Kurz nach 2 Uhr begab sich die Räuberbande nach dem Ufer der Dahme. Hier öffneten sie das Schrammsche Bootshaus, nahmen sich einen acht Personen fassenden Kahn und fuhren nach dem zu Köpenick gehörigen „Wendenschloß“ hinüber. Dort ertrugen sie die dem Gastwirt Wiese gehörige Wursthalle. Das Eindringen der Verbrecher wurde jedoch von dem Privatwächter Schulz bemerkt, der sofort den Sohn des Restaurateurs und einen Kellner weckte. Die drei Männer gingen nunmehr den Wandtitten zu Leibe. Diese feuerten auf ihre Angreifer und die letzteren, die sich mit Revolvern bewaffnet hatten, antworteten mit mehreren Schüssen, ohne jedoch jemand zu treffen. Die Stroche entflohen und verschwanden im Walde. — Die Räuber sind junge Leute im Alter von etwa 18 bis 25 Jahren, die in der Gegend sehr genau Bescheid wissen müssen. Die Gendarmerie des Kreises Teltow wurde gestern nach Köpenick zusammengezogen und veranlaßte eine Streife durch den königlichen Forst, die völlig resultatlos verlief. Wahrscheinlich sind die abenteuerlustigen Durschen in Köpenick oder in Friedrichshagen ansässige Personen.

Den guten Leuten, die sich etwa durch solche ungläubigen Zustände benutzten finden sollten, wird die Thatfache zum Troste dienen, daß die Sicherheitsbehörden in jener Gegend sich in allen wahrhaft patriotischen Kreisen wegen der intensiven Bekämpfung der Socialdemokratie des besten Ansehens erfreuen.

**Seit dem 15. d. M. ist das Vegetarische Kinderheim in Schlachtensee geschlossen,** das von Herrn Securus in Wiesbaden errichtet und eine Reihe von Jahren hindurch unterhalten worden ist. Der Stadt Berlin und der Gemeinde Zehlendorf hatte Securus f. Z. das Grundstück zum Geschenk angeboten, beide haben indessen abgelehnt, weil sie nicht die Verpflichtung übernehmen wollten, die Kinder vegetarisch zu ernähren. Die in dem Heim noch vorhandenen gewissen Kinder sind in Berlin untergebracht worden.

**Auf der Panower Feldmark** ist längs des Bahnkörpers der Eisenbahn, von der Bollanstraße abzweigend, seit Jahren eine Straße gepflastert, aber noch nicht angebahnt worden, wohl aus dem Grunde, daß sie auf das Kirchhofgebiet der Sophienkirche als sogenannte Saalstraße führt. Nunmehr wird die Straße über den Kirchhof hinweg mit der Wälderstraße verbunden und damit eine neue Verkehrsstraße zwischen Berlin und Panow hergestellt werden.

## Gerihts-Beitung.

**Als „Spulgeister“**, die allerlei Unfug angerichtet haben, standen gestern das Dienstmädchen Anna Zimmermann und der Wafrose Theodor Humburg vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die Zimmermann war bei den Schneidermeister Humburgschen Eheleuten bedienstet, welche im vierten Stock des Hauses Großbeerenstr. 31 eine Wohnung inne hatten. Das Haus grenzt mit der Rückseite an den Hof des Hauses Hagedorferstraße 42/43. Im Monat März wurden die Bewohner des letztgenannten Grundstücks fast allabendlich belästigt. Allelei Gegenstände, Pfeiflophen, Steine, leere Flaschen usw. wurden von unsichtbarer Hand auf den Hof geschleudert, die vorübergehenden Personen gefährdend. Eine 14-jährige Schülerin erlitt durch die unersichtlichen Erbeben erhebliche Verletzungen. Der Unfug wollte kein Ende nehmen und es entstand ein Zustand, wie zur Zeit in dem vielgenannten Hause Neue Königstraße 60, wo ein ähnllicher Kobold sein Unwesen treibt. Der Verwalter des Hauses legte sich allabendlich auf die Lauer, indem er, mit einem Operngläser bewaffnet, vom Treppenboden aus alle Fenster, die nach dem Hofe hinausgingen, beobachtete. Auch ein Kriminalbeamter war im Rebenhause postiert. Am Abende des 10. März wurde die Wachsamkeit des Hausverwalters mit Erfolg gekrönt. Er sah, daß das ihm gegenüberliegende Küchenfenster der Humburgschen Wohnung im Hause Großbeerenstraße 51 erleuchtet war. Es befanden sich in dem Raum der Sohn der Humburgschen Eheleute, der auf Besuch hier weilende Wafrose Humburg, und das Dienstmädchen Zimmermann. Beide Personen wurden von dem Verwalter deutlich erkannt. Er beobachtete, wie das Mädchen ein Stück Papier aus dem Schrank nahm, es von allen Seiten genau betrachtete und es dann dem neben ihr stehenden Humburg reichte. Dieser blickte sich seitwärts und brachte einen dunklen Gegenstand hervor, den er in das Papier wickelte. Darauf begab sich das Paar mit der Lampe in die Nebenstube und die Küche wurde fast dunkel. Nach wenigen Augenblicken erschienen sie wieder und der Beobachter konnte bei dem Scheine, der durch die Thürpalte aus dem Rebenraum fiel, deutlich sehen, wie Humburg das Fenster öffnete, einige Schritte zurücktrat und eine weitende Armbeugung machte. Im nächsten Augenblick hörte man das Fallen eines Körpers auf den Hof. Der Spul war nun geklärt, die beiden Unfugstifter wurden am folgenden Tage verhaftet und von der Zeit ab trat Ruhe ein. Das Schöffengericht verurteilte seiner Zeit die Zimmermann wegen großen Unfugs, Sachbeschädigung und fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Wochen Haft und zwei Wochen Gefängnis, Humburg wegen derselben Straftathen zu einer Woche Haft. Der Staatsanwalt Fickel hatte hiergegen Berufung eingelegt. Er war der Meinung, daß hier ein Unfug der größten Art vorliege, der große Verunreinigung unter den Mietern des betreffenden Hauses hervorgerufen, bedeutendes Aufsehen erregt und eine ganze Anzahl von Polizeibeamten längere Zeit ihren sonstigen Aufgaben entzogen habe. Der Staatsanwalt beantragte aus diesem Grunde für sechs Wochen Haft und drei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwandt als Verteidiger des Humburg hatte für diesen einen umfangreichen Entlastungsbericht angefertigt und suchte nachzuweisen, daß gegen H. keine greifbaren Beweise, sondern nur ganz allgemeine Vermutungen vorliegen. Er bekämpfte auch die Ansicht des Staatsanwalts, daß nicht fahrlässige, sondern vorsätzliche Körperverletzung vorliege. Die Thatfachen und rechtlichen Momente, die sich bei der Erörterung des Straffalles ergaben, waren so mannigfaltig, daß der Gerichtshof beschloß, zur Vermeidung des Urteils Termin auf Freitag, den 29. September, anzusetzen.

**Die Notwendigkeit, den Uebermut gewisser Handwirte** ein wenig zu bändigen, ist gestern von einem hiesigen Gerichtshof

anerkannt worden. Eine Wohnung steht unter dem Schutze des Hausfriedens, selbst dem Wirt gegenüber und auch ein Hauswirt macht sich des Hausfriedensbruchs schuldig, wenn er wider den Willen des Mieters in des letzteren Wohnung verweilt, selbst wenn im Mietvertrag der Vermieter sich ausdrücklich das Recht vorbehalten hat, zwecks Reparaturen jeder Zeit die Wohnung zu betreten. Wenn der Vermieter rechtliche Gründe dieser Art geltend machen kann und seine Rechte verlegt wähnt, so muß er gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen, darf aber nicht wider den Willen des Mieters in dessen Räumen verweilen. Diesen Standpunkt vertrat gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. in einer Anklage gegen den Hausbesitzer S. Dieser vermietete eine Wohnung an eine Frau, welche von ihrem Ehemanne getrennt lebt; der Mietvertrag sollte von dem Vater der Mieterin mit unterschrieben werden, dies war aber noch nicht geschehen, als die Mieterin mit Genehmigung des Hauswirts zuzog. Der Wirt scheint dann von dem Ehemanne der Frau und durch allerlei Klatschereien aufgepuscht zu sein; es wurde das falsche Gerücht verbreitet, daß die Frau an Dürren verumte und der Hauswirt trachtete daher danach, die Mieterin so bald als möglich wieder los zu werden. Auf Grund der in dem Mietvertrag enthaltenen Klausel, daß ihm zum Zwecke von Reparaturen jederzeit der Zutritt zur Wohnung frei stehen solle, erschien der Hauswirt eines Tages in der Wohnung in Begleitung eines Tischlers, der angeblich Reparaturarbeiten an der Thür vornehmen sollte. Die Mieterin, die darin eine bloße Chicanerie erblickte, verlangte, daß der Hauswirt ihre Wohnräume verlasse, und da trotz mehrmaliger Aufforderung dieses Erfordernis nicht erfüllt wurde, folgte die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs. Das Schöffengericht erkannte seiner Zeit auf 50 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn machte hiergegen in der Berufungsinstanz geltend, daß eine Verurteilung hier doch gewiß nicht möglich sei, da die Ehefrau, die noch gar keinen Vertrag unterschrieben hatte, doch noch ohne festen Rechtsboden sich befand und überdies die Mietverträge des Angeklagten die erwähnte Klausel enthalten. Der Gerichtshof kam aber wiederum zur Verurteilung; er hielt aus den eingangs erwähnten Gründen einen Hausfriedensbruch sowohl in objektiver, wie subjektiver Beziehung für vorliegend und nicht für zweifelhaft, daß der Angeklagte die Frau in aller Form als seine Mieterin betrachtet habe. Die Strafe wurde auf 20 M. herabgesetzt.

**Der bekannte Naturprediger und Maler Karl Wilhelm Diefenbach** war dieser Tage in einem nicht gerade erbaulichen Prozeß wegen Sittlichkeitsvergehens mitverwickelt. Die Verhandlung spielte sich vor dem Geschworenengericht in Wien ab und war gegen den Maler Paul Ritter v. Spaun gerichtet. Diefenbach hatte in Himmelsdorf bei Wien eine „Kolonie“ gegründet, in der er seine auf Entfaltung von Naturtrieben und Vegetarismus gerichteten Grundzüge so frei als eben möglich betätigen wollte. Mit der Propaganda für Natürlichkeit meinte der Meister es in seinem Sinne möglichst ernst. Winder aufrichtig spricht er dem Vegetarismus nachgelebt zu haben, dem es kam in der Verhandlung zur Sprache, daß Diefenbach von seinen Jüngern und Züngerinnen strengste Enthaltung von Fleischkost verlangte, während er selber sich im Kampfe für die Durchführung seiner Grundzüge an Schinken, Hühnern und Apetitwürstchen stärkte. Ritter Paul v. Spaun stand nun unter der Anklage, mit der damals zwölfjährigen Tochter des Malers Diefenbach straflichen Verkehr unterhalten und ferner in einem Schreiben, in dem er der Behörde den Austritt aus der katholischen Kirche mitteilte, die katholische Religion beleidigt zu haben. Das Religionsvergehen bestritt der Angeklagte, dagegen gab er den Verkehr mit dem Kinde zu. Ja, sagte er, mich als außer jeder Verbindung mit der übrigen Welt gefühlt und gar nicht daran gedacht, daß ich mit dem Geseh in Konflikt geraten könnte, unwiderlicher als das Mädchen meinen Wünschen entgegenkam. Sie stand in geistiger und körperlicher Reife vor mir, ihr großartiger Charakter bewies mir, daß ich das Wesen kennen gelernt hatte das ich verehrt habe. Und aus dem geschwisterlichen Verhältnis wurde ein anderes, das sich aus dem geistigen Verkehr entwickelte. Später hat der Angeklagte sich von Stella, so heißt das Naturkind, getrennt, weil er bemerkt hatte, daß das Mädchen sich mit seinem, damals mit einer früheren Geliebten Diefenbachs verheirateten Bruder Friedrich v. Spaun eingelassen hatte. Zur Verhandlung konnte Stella nicht erscheinen, weil das jetzt 17-jährige Mädchen zu Trief an den Folgen des Wochenbetts noch zu schwer leidet. Ursprünglich sollte auch Vater Diefenbach wegen Kuppelei unter Anklage gestellt werden, doch hat die Staatsanwaltschaft später aus formalen Gründen die Anklage fallen lassen. Doch war Diefenbach zum Termin nach Wien gekommen. Die Verhandlung endigte, wie wir einem Bericht der „Wiener Arb.-Ztg.“ entnehmen, überraschend günstig für den Angeklagten. Die Geschworenen verneinten die auf verurtheilte Kuppelei gerichtete Schuldfrage mit sieben gegen fünf Stimmen und bejahten dagegen die Religionsbeleidigung. Daher wurde Spaun freigesprochen und nur wegen Vergehens nach § 303 zu acht Tagen Arrest verurteilt.

**Professor Soghtet in München und der Henselsche Mineraldünger.** Die Firma Wolf Börner Nachf. in Köln verkauft Henselschen Mineraldünger. Gegen letzteren wendeten sich sehr bald die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, besonders aber auch Prof. Soghtet. Dieser riet den Landwirten von der Anschaffung solcher Düngers ab. Sehr viele derselben verteidigten die Abnahme des Mineraldüngers, den sie bei der erwähnten Firma bestellt hatten. Letztere strengte nun gegen 5-600 Landwirte Klage auf Einhaltung des Vertrages an. Veraten wurde sie hierbei vom Rechtsanwaltschaft Helbing in Freising. Nachdem Börner Nachf. einige Prozesse verloren hatten, legten sie Berufung ein und Rechtsanwaltschaft Helbing fertigte die dazu erforderlichen Schriftsätze an. Herr H. polemisierte darin in schärfster Weise gegen Professor Soghtet und brachte eine Reihe recht kräftiger Ausdrücke. Der Direktor der technischen Hochschule, welcher Professor Soghtet angehört, stellte nun Strafantrag wegen Beleidigung des Professor Soghtet gegen Rechtsanwaltschaft Helbing. Das Landgericht I in München nahm eine Beleidigung als erwiesen an und verurteilte am 28. April Herrn Helbing zu 300 M. Geldstrafe. — Auf die Revision des Angeklagten, der sich selbst verteidigte, sowie auf den Antrag des Rechtsanwalts h o b das Reichsgericht am Donnerstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Da Professor Soghtet die Entschäden für die Landwirte nicht in amtlicher Eigenschaft abgegeben hat, liegt keine Verurteilung vor. Da er selbst keinen Strafantrag gestellt hat, der des Direktors aber wirkungslos ist, fehlt es dem Urteile an der prozessualen Voraussetzung, dem gültigen Strafantrage.

**Der falsche Militärarzt aus Waussee, der dortselbst längere Zeit als Dr. med. Ernst Schröder in der Familie des Baumeisters Schulz verkehrte und mit dessen Gesehschafterin, Fräulein Minna Thews, ein Liebesverhältnis anknüpfte, stand am Donnerstag, aus der Haft vorgeführt, in der Person des 22-jährigen Arbeiters Wilhelm Holzhäter vor dem Potsdamer Schöffengericht, unter der Anklage des Heiratschwinds, fälschlicher Weisung des Dokortitels und unberechtigter Tragung einer militärischen Uniform. Holzhäter ist der Sohn eines Arbeiters aus Arnswalde, besuchte dort die Bürgerschule, schrieb dann 5 Jahre bei einem Rechtsanwaltschaft und erhielt hierauf 6-7 Jahre lang in Berlin Stellung bei der Deutschen Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, um später noch 2 Jahre bei der Versicherungs-Gesellschaft „Securitas“ und der Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft gegen Wasserleisungen, Schäden zu arbeiten. In einem Cigarrengeschäft in der Verlegerstraße, wo er noch seiner 1897 erfolgten Entlassung von der Gesellschaft seine Einkünfte machte, nannte er sich bereits Dr. Schröder und lernte dort Fräulein Thews kennen. Sie fand Gefallen an dem sehr gewandt auftretenden Mann und lud ihn zum Besuch nach Waussee in die Villa des Baumeisters Schulze ein, woselbst Holzhäter bald in der Familie ein und aus ging und der erklärte Bräutigam des Fräulein Thews, der**

er nach und nach 500 M. abschwindelte, war. Die Heirat wußte er stets hinauszuschieben, weil er erst als Militärarzt bei den Potsdamer Leibgarde-Sularen dienen mußte. In dieser Uniform erschien er wiederholt und dupierte durch sein Auftreten sogar 2 Ärzte, die mit ihm kameradschaftlich verkehrten und ihn bei Patienten mitnahmen. Holzhäter wurde zu 3 Monat Gefängnis und 1 Monat Haft verurteilt.

**Übermals ein prügelter Schuhmann.** Die Danziger Strafkammer verurteilte den Schuhmann Paul Lucholski, der im Januar einen städtischen Arbeiter mit blanker Klinge blutig schlugen und widerrechtlich festgenommen hatte, wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu neun Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre beantragt.

**Das Schwurgericht zu Benthien** verurteilte den Bureau-Affistenten Wade wegen Verletzung und Urkundenfälschung zu drei Jahren Gefängnis. Wade hatte Pässe von Reservisten gefälscht, um letztere von militärischen Übungen zu befreien.

## Verfassungen.

**Der Wahlverein des 5. Wahlkreises** hatte sich Donnerstagabend im Alten Schützenhaus, Linienstraße, zusammengefunden. Genosse Roth erläuterte zunächst den Bericht über die brandenburgische Parteikonferenz; Prof. Haase schloß sich dem an und erklärte die Versammlung sich mit der Thätigkeit der Delegierten einverstanden. Zu Revisoren und Vertrauensleuten werden die Genossen Riepmann, Roth und Pittmann gewählt. Ein Antrag, auch heute schon die Agitationskommission neu zu wählen, wird abgelehnt. Darauf geht die Versammlung zum letzten Punkt der Tagesordnung, der Besprechung der in Hannover zur Verhandlung kommenden taktischen Parteifragen, über. Genosse Weiss verliest die beiden in der vorigen Versammlung im Schützengarten eingebrachten Resolutionen Riepmann und Robert Schmidt. (Dieselben sind in dem Versammlungsberichte vom 5. September enthalten.) In der Diskussion nimmt das Wort

Dr. Weiss: Wir haben in Berlin sehr wenig Gelegenheit gehabt, über die von Vernstein angeregten Fragen zu sprechen; meiner Meinung nach aber kann dies gar nicht genug geschehen. Ein großer Teil der Genossen des 5. Wahlkreises sieht nicht auf dem Boden der Resolution, für die sich Rob. Schmidt ausgesprochen hat; dieser selbst hat sich vor zwei Jahren noch in anderem Sinne geäußert. Man soll also in der Politik niemals „niemals“ sagen. Aus dem Briefe Webers über die französischen Angelegenheiten ist schon ersichtlich, wie derselbe sich zu den schwebenden Fragen stellen wird. Wir können uns nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben. Aber ob man uns Opportunisten oder Revolutionäre nennt, das Eine eint uns, das Endziel, die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft und aus diesem Standpunkt bleiben wir jedenfalls die revolutionäre Partei. In Bezug auf die Taktik zur bayrischen Landtagswahl sehen wir ähnliche Erscheinungen in Belgien und Frankreich und auch den bayrischen Genossen ist es nur darum zu thun gewesen, größeren Einfluß im Landtage zu erlangen. In Bayern wäre auch ohne die Beteiligung der Partei die Mehrheit des Centrums entstanden; auch waren die einmal gewählten Wahlmänner gesehlich zur Stimmabgabe verpflichtet. Nach dem Briefe Webers kann man voraussehen, daß die von Robert Schmidt dargelegten Grundzüge siegen werden. Theoretische Auffassungen über können die Kraft der Partei nicht beeinflussen; auch manche Anschauungen Lassalles sind heute nicht mehr aufrecht zu erhalten, ohne daß deshalb Lassalle für uns die Bedeutung verloren hätte. Genosse Vernstein hat uns Anregungen gegeben; unsere Sache ist es, sie weiter auszubauen. (Beifall.)

Greulich wendet sich gegen die Auffassung, als ob bei den gestrigen Beschüssen Personenkultus getrieben worden sei. Genosse Robert Schmidt ist als Vertreter der Anschauungen der Resolutionen zum Delegierten für Hannover gewählt worden. Der Resolution Riepmann könne man daher nicht zustimmen. In Bayern liegen die Verhältnisse nicht wie in Preußen; die Kleinwirtschaft ist dort weit mehr noch vorherrschend. Vielleicht hätten unsere Genossen dort aber doch besser gethan, für die Liberalen zu stimmen, die dann noch immer keine Majorität gebildet hätten. Nehmen Sie die Resolution Schmidt an.

Riepmann: Der Kernpunkt des Streites ist der, ob die bisherige Taktik, sich einzig als proletarische Partei zu geben, alles durch eigene Kraft, nicht durch guten Willen der andern zu erreichen, maßgebend bleiben soll. In dieser Anschauung des Klassenkampfes sind wir aber groß geworden. Vernstein bestritt vor dem Anschlag an die Demokratie, andere möchten sich den Socialreformen Verloppischer Richtung nähern. Wir haben doch auch bisher schon praktische Politik getrieben, bei den Gewerkschaften, bei den Wahlen zur Krankenkasse, den kommunalen und Landtagswahlen; wo ist also das Neue, das uns die Theoretiker vorschreiben wollen? Das politische Kampffeld aber muß der Partei allein verbleiben, die Vermischung mit anderen Parteien würde unserem Kampf ein anderes Gepräge geben. Wir haben nicht nötig, uns dupieren zu lassen, wie es das Unternehmertum wohl möchte, uns vom Endziel abzudrängen, der Abschaffung der Lohnsklaverei. In Bayern selbst ist man heute schon unzufrieden; die Jesuiten sind doch eben die Schlauesten. Wir aber wollen uns nicht mit den bürgerlichen Parteien kompromittieren; nehmen Sie meine Resolution an, die unsere alten Anschauungen hochhält. (Beifall.)

Oertel schlägt eine dritte Resolution vor, welche das Festhalten am Parteiprogramm zum Ausdruck bringt. Langer und Sarjawauskij beschließen die Resolution Schmidt.

Robert Schmidt: Es ist zweifelhaft, ob eine Abstimmung heute von Wert ist. In der praktischen Arbeit liegt die Bedeutung unserer Parteibewegung seit 20 Jahren; dem steht die Resolution Riepmann vollständig entgegen. Sie verwirft in ihrer Folgerung die ganze sociale Gesehgebung, die wir im Parlamente nicht aus eigener Kraft erreichen können. Wir haben in St. Gallen beschlossen, bei der Stichwahl Stimmeneinhaltung zu beachten; was ist daraus geworden? In Baden hat man schon früh die Taktik unserer bayrischen Genossen eingeschlagen, und trotzdem war es den Parteigenossen möglich, jetzt bei den Stadtverordnetenwahlen in Mannheim die dritte Wahlklasse glänzend zu erobern, das mögen die Berliner Genossen erst nachmachen. In den National-Socialen und Reformern haben wir immer im strengen Gegensatz gestanden. Wir bleiben die Partei der fortschreitenden Entwicklung und wir können sagen, unsere Sache steht nicht schlecht. Vernstein selbst sagt: „Soweit das Ziel die Schaffung einer socialistischen Gesellschaft bedeutet, wird kein Socialdemokrat anders denken, aber man kann noch nicht sagen, wann dieses Ziel sich verwirklicht.“ Allem Anschein nach besitzt der thönerne Kolof, die kapitalistische Gesellschaft doch noch andauernde Grundlagen, als wir ehemals glaubten. Lassen Sie sich von dem Worte Kompromiß nicht beirren, unsere Ziele bleiben unerröcklich und von jenen unberührt. (Lebhafte Beifall.)

Weiss schließt sich den Ausführungen Riepmann an. Man kann nicht immer sagen, welche Partei uns am nächsten steht. In Arefeld haben unsere Genossen Mühe genug gehabt, die evangelischen Arbeiter vom Streikbruch fernzuhalten. Dem zweiten Teil der Resolution Schmidt würde ich zustimmen, der sich auf den Militarismus bezieht, statt des ersten Teils aber die Resolution Riepmann empfehlen.

In der Abstimmung wird die Resolution Riepmann abgelehnt. Ueber die Resolution Robert Schmidt erfolgt getrennte Abstimmung; der erste Teil wird mit zweidrittel Mehrheit, der zweite Teil einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Weiss teilt noch mit, daß die Vorarbeiten für die Stadtverordnetenwahlen erledigt sind, und fordert zur regen Beteiligung an der Flugblattverteilung sowie den Wahlen selbst auf. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie wird die Versammlung geschlossen.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Donnerstag bei Cohn, Weinstube, eine Versammlung ab, in der Meyle zunächst die zur letzten Abrechnung bei der Kommission eingegangenen Anfragen beantwortete. Ohne Diskussion wurde sodann auf Antrag der Revoren dem Kassierer die Decharge erteilt.

Ueber die gegenwärtigen Streiks im Baugewerbe referierte Kater. Der Redner verwies auf die Lohnbewegung der Bauarbeiter, Steinmeyer und Puger und empfahl den Verammelten nach eingehender Erläuterung folgende Resolution zur Annahme: In Erwägung, daß die Maurer Verleumdung und Ungehörigkeit im Vertragverhältnis mit dem Bund der Arbeitgeber im Baugewerbe und Zimmerergewerbe stehen und auch bemüht sind, diesen Vertrag nicht zu durchbrechen; in fernerer Erwägung, daß aber durch die Lohnbewegung der Bauarbeiter, Steinmeyer und Puger Verleumdung der Maurer sehr oft in Mitleidenschaft gezogen werden, indem sehr häufig den Maurern Arbeiten aufgegeben werden, die sonst nicht zu Maurerarbeiten gehören, beschließt die Verammlung (Vertrauensmänner-Centralisation): 1. Bei Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter verlangen die Maurer, wenn deshalb angezeigt werden soll, die Zeit des Feierns vom Arbeitgeber bezahlt. Wird dieses verweigert, dann verlassen sämtliche Kollegen die Baustellen und suchen sich andere Arbeit. Unterstützung aus dem Streikfonds wird in diesen Fällen überhaupt nicht gezahlt.

2. Wo von Maurern verlangt wird, Steinmeyer beim Versehen von Steinen zu helfen, kann dieses nur soweit geschehen, als die Maurermeister bisher kontraktlich dazu verpflichtet waren, Maurer zur Hilfeleistung zu stellen. Selbständige Versehen von Steinen ohne Steinmeyer, sowie selbständige Transportieren wird in jedem Fall pervertigert, und werden aus diesem Grunde Gemahregelte im vollen Maße unterstützt.

3. Da sich die Puger auch im Streik befinden und einen garantierten Tageslohn oder Abfahrlöhne beanspruchen, stehen auch die Maurer auf dem Standpunkt, Pugarbeiten, an der schon Puger gearbeitet haben, überhaupt nicht anzunehmen. Wo aber Puger noch nicht gearbeitet und der Maurer oder Maurermeister einen Tageslohn von 8 M. bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit bezahlt, kann Pugarbeit auch von Maurern gefertigt werden. Entlassungen wegen Verweigerung der Pugarbeit werden als Maßregelung angesehen und erhalten die Kollegen Unterstützung. In allen Fällen ist aber die Lohnkommission frühzeitig zu benachrichtigen.

Nach einer längeren Diskussion, in der besonders kritisiert wurde, daß von den Pugern die Reparatur noch nicht befristet worden ist, wurde die Resolution mit einem Zusatzantrag, daß auch keine Zimmerarbeiten, wie Balkenabtragen etc., von den Maurern ausgeführt werden sollen, gegen wenige Stimmen angenommen.

Hierauf gab Kater einen kurzen Situationsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Verhältnisse auf den Baustellen infolge der Abmachungen mit den Unternehmern geregelt geworden sind, daß allerdings immer noch seitens der Unternehmer und Polizei Maßregelungen von solchen Maurern vorgenommen werden, welche auf Ordnung achten, und daß aber andererseits auch verschiedene Differenzen nur durch das unsozialistische Verhalten einzelner Maurer entstanden sind. Dem Bericht folgte eine kurze Debatte und wurde sodann beschlossen, daß bis zum 1. Oktober noch 50 Pf., von dann ab 25 Pf. zum Streikfonds abgeführt werden sollen.

Die Marmorarbeiter waren am Donnerstag wieder zahlreich versammelt, um den von Gerstenberger erstatteten Bericht über die Lohnbewegung entgegen zu nehmen. Wie schon früher mitgeteilt, handelte es sich darum, ob der neu vereinbarte Tarif auch die schriftliche Anerkennung der Unternehmer finden werde. 14 Firmen haben bis jetzt, ohne die, welche es bereits früher gethan, unbedingt ihre Unterschrift zu Händen der Kommission geleistet. Einige Unternehmer gaben die Unterschrift erst nach einigem Zögern, von etlichen Unternehmern konnte, wegen ihrer Abwesenheit, die Unterschrift noch nicht verlangt werden. Die Firmen Gey u. Strebler wollten nur teilweise bewilligen; Finz verweigert sich wie bisher schroff ablehnend, worauf fast sämtliche Arbeiter sofort die Arbeit ruhen ließen. Nachdem dieser Herr sich schon früher dahin geäußert, daß er lieber aus dem Geschäftsausfall, als unzufriedene Arbeiter beschäftigen werde, verweigerte er nicht nur jetzt die Auszahlung der verdienten Löhne, sondern forderte die Arbeiter auch brieflich auf, die begonnene Arbeit zu vollenden, obwohl eine Kündigungsfrist nicht besteht. Redner spricht am Schluß seiner Ausführungen die Erwartung aus, daß die Marmorarbeiter mit diesen Erregungszuständen zufrieden seien und ihre in den letzten Tagen bewiesene Solidarität auch fernerhin beibehalten werden. Ueber den Betrieb des Herrn Finz wird die Sperre verhängt. Ferner wird beschlossen, daß Arbeiter nicht für sich, sondern nur durch Vermittlung oder Befehle der Kontrollkommission wegen Lohnstreikigkeiten etc. mit den Unternehmern verhandeln dürfen. Uebrigens seien die streikenden Arbeiter von Finz nahezu vollständig bereits bei anderen Firmen untergebracht, so daß eine geringe Zahl von Ausständigen vorhanden ist. An Unterstühung haben die Arbeiter in den letzten 10 Tagen ihres Verdienstes zu Händen der Platzvertreter an die Ausständigen abzuführen. Die Platzvertreter und die Ausständigen haben sich beistimmend am Sonnabend, den 23. September, bis spätestens 9 Uhr abends im Bureau der Kommission, Restaurant Glanz, Krausenstr. 18, einzufinden. Dort gelangt die Unterscheidung an die Ausständigen in Höhe von 10 Mark und 50 Pf. für jedes Kind für Verheiratete und 8 M. für Unverheiratete pro Woche als Minimallohn ohne den Zuschuß von den Arbeitenden — von der ersten Woche des Ausstands an — zur Auszahlung. Weitere Mitteilungen werden bis zu einer demnächst stattfindenden Versammlung nur im „Vorwärts“ erfolgen. Zum Schluß wurde noch auf den Generalstreik der Sandsteinarbeiter hingewiesen und zu Sammlungen für Unterstützungen dieser Arbeiter aufgefordert. Es sei unbedingt notwendig, daß sich nicht nur die beiden Organisationen, Zirkel I und Zirkel II, sondern auch die Arbeiter gegenseitig im Kampf mit den Unternehmern unterstützen. Die Platzvertreter bei den einzelnen Firmen haben diese Sammlungen zu veranlassen.

Eine öffentliche Protest-Versammlung der Droschkenbesitzer ohne Fahrpreis-Anzeiger und ihrer Vertreter fand am Donnerstag im großen Saale des Berliner Handwerkervereins statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Die Vernichtung unserer Existenz durch Fortnahme unserer Halteplätze zu Gunsten der Taxameter. Als Referent trat Herr Karl Diebel auf, der zunächst Verwahrung dagegen einlegte, daß es ihm darum zu thun sei, die Verdrängung der Taxameter auf sich zu bestreiten oder politische Propaganda zu treiben, für die Droschkenbesitzer und Aufsicher, welche Droschken ohne Fahrpreis-Anzeiger besitzen oder fahren, sei es aber geradezu eine Existenzfrage, dagegen zu opponieren, daß ihnen ein Halteplatz nach dem anderen entweder ganz genommen oder derartig „verlegt“ werde, daß dieselben wertlos geworden sind. Werden dagegen Beschwerden bei der zuständigen Behörde geführt, so heißt es gewöhnlich, das Publikum habe die Umwandlung in Taxameter-Halteplätze verlangt. Redner ist der festen Ueberzeugung, daß jedoch nicht das Publikum, sondern die Interessenten es sind, welche bei dem Polizeipräsidenten jene Anregungen geben. Er erinnert an die Mieserklasse, die bei Einführung der Taxameter eben von jenen Interessenten gemacht wurde, und kann nicht umhin, den „Schwarzen“ Droschkenfahrern und Droschkenbesitzern den Vorwurf zu machen, daß sie nicht mit gleicher Energie für ihre Interessen eingetreten sind. Wollte man sich auf das Publikum berufen, so wüßten auch die „Schwarzen“ Aufsicher in Tausenden von Fällen nachzuweisen, daß sie vom Publikum gemacht werden, das vielfach schlechte Erfahrungen mit den Taxametern gemacht habe. Was die „Schwarzen“ Droschkenführer erster Klasse anlangt, ist nichts weiter, als daß sie gleichberechtigt mit den Taxametern behandelt werden. Das ist leider bisher nicht geschehen. Nicht nur sind den „Schwarzen“ ihre günstigen Plätze einer nach dem anderen entzogen und an die „Weißblauen“ ausgeliefert worden, sondern diesen sind auch neue Halteplätze an Stellen angewiesen worden, um deren Eröffnung die Nichttaxameter jahrelang vergeblich petitioniert haben. Früher

war eine Errichtung von Halteplätzen in der Friedrichstraße zwischen Weidenbammer Brücke und Bahnhof Friedrichstraße wegen der geringen Breite der Straße nicht möglich. Die Straße ist inzwischen nicht einen Fuß breiter geworden, sie ist aber jetzt breit genug, daß dort Taxameter Platz haben. Solche und ähnliche Vorfälle zeigen, daß es sich um eine direkte Verdrängung der Taxameter und eine Zurücksetzung der „Schwarzen“ handelt. Redner empfiehlt deswegen den Anwesenden die Unterzeichnung einer von Herrn Rechtsanwalt Leonhard Friedemann ausgearbeiteten Petition. — Der Vorsitzende, Herr Hänisch, führte dann eine Reihe von Plänen an, wo die Zurücksetzung der „Schwarzen“ ganz besonders eklatant erwiesen sei. Redner bedauert, daß die Versammlung doch nicht in dem Maße besucht ist, wie dies eigentlich der Fall sein sollte. Ruhe führte, vielfach von Unruhe unterbrochen, aus, daß dies wohl wesentlich seine Ursache in der Wahl des Lokals habe, das der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehe. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, daß die Behörde es offenbar darauf abgesehen hat, auch die „Schwarzen“ zur Anbringung von Kontrollzählern zu zwingen. Diese Kontrollzählern führen jedoch die gänzliche Proletarisierung der im Fahrgewerbe Beschäftigten herbei und die Folgen werden unvorstellbar sein. Als ein Redner den Anwesenden empfiehlt, sich an die Presse zu halten, welche ihre Interessen vertritt und als solches Blatt den „Vorwärts“ hinstellt, nachdem vorher die Lebenswürdigkeit des Chefredaktors einer Berliner Zeitung breitetreten worden war, wird er von den anwesenden Führern niedergedrückt. — Die von Herrn Rechtsanwalt Leonhard Friedemann ausgearbeitete Petition fordert die Wiederüberlassung der den Droschken ohne Fahrpreis-Anzeiger abgenommenen günstigen Plätze, oder, wenn das nicht angängig ist, wenigstens einen vierteljährlichen Platzwechsel zwischen Droschken mit und ohne Fahrpreis-Anzeiger. Die Petition wird einstimmig angenommen. Ein zum Schluß eingebrachter Antrag Daug, den Ueberseh der Zellerfassung der streikenden Steinarbeitern zu überweisen, wird abgelehnt!

Flüchtler Verein. Heute abend 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Bernheim.

Centralverband der Elektromotoren (Sektion II). Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Immendorfer, Sophienstr. 15.

### Vermischtes.

Die Postkassette von Andree. Aus Hammerfest wird vom Freitag berichtet: Der Schiffer Lorez Hol ist mit dem Rutter „Martha“ heute hier angekommen und hat die von ihm gefundene Boje, gezeichnet „Andree's Polar Expedition“, mitgebracht. Die Boje scheint geöffnet worden zu sein, da der Ankerbottel, welcher oben den Hohlraum der Boje füllte, fehlt und nur Sand herausfiel, als man die Boje aufhob. Eine Depesche wurde in der Boje nicht gefunden. Auf Befehl des Ministeriums des Innern wird heute von dem zuständigen Seeamt ein Verhör abgehalten werden.

Ein Justizmord? Die Dortmunder „Tremonia“ bringt die aufsehenerregende Meldung, daß eine Frau ihren Mann wegen eines 1800 verübten Mordes bezichtigt. Es handelte sich um einen in Roulez bei Castron an einem Bergarbeiter verübten Mord. Der Angeklagte zu haben damals der Arbeiter Michaeli vom Schöngewerk zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Michaeli habe fernerzeit seine Unschuld beteuert, in dessen war der Justizbevollmächtigter, daß das schuldig sprechende Urteil vom Reichsgericht bestätigt und eine Vergnügung abgelehnt wurde. Kurz vor der Hinrichtung habe Michaeli nochmals versichert, den Mord nicht begangen zu haben und dieselben Verfallensregeln dem Weidwäter gegeben, der ihn absolvieren habe. Das Blatt giebt obiges Bericht wieder mit der Bemerkung, daß die Staatsanwaltschaft bereits in die Prüfung der Sache eingetreten sei.

Eine Hinrichtung steht in Preußen abermals bevor. Aus Osnabrück wird berichtet: Der Kaiser hat das von dem Mörder Wöllenkamp eingereichte Vergnügungsgesuch abgelehnt. Die Hinrichtung des seit kurzem wieder nach Aachen transportierten Verurtheilten wird noch in dieser Woche erfolgen.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Aus Wien wird berichtet: Ein aus zwei zusammengekoppelten Lokomotiven bestehender Maschinenzug kreuzte auf der Fahrt von Hütteldorf nach Wapfenödorf ein in der Station Saankl Zeit einsehenden Militärzug, welcher das auf „verbotene Fahrt“ gestellte Signal überfahren hatte. Sieben Personen wurden leicht verletzt.

Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Wittichin“, welcher bei Montevideo auf Grund gerathen war, hat die Reise von Montevideo nach Buenos Aires fortgesetzt.

Der Hauptmann mit der Hundepetische. Aus Karlsbad wird berichtet: Der hier garnisierende Hauptmann Proffe attonierte auf der Straße sowie in den Druckerelafinalitäten zwei Medacture des „Vesta“ wegen eines Artikels. Dieselben wurden mit einer Hundepetische durchgeprügelt und arg mißhandelt.

Ein Stützenbild. Eine Kuffen erregende Geschichte hat sich in Burg a. W. zugetragen. Am Freitag der vergangenen Woche lebte in einem Gasthause ein „Chepaar“ ein, um zu übernachten. Am Morgen kommt die Frau in heller Verzweiflung herunter und meldet, daß ihr Mann in der Nacht gestorben sei. Man bittet den Toten ein, und die tiefbetrübte Frau verläßt den Ort, um Vernehmungen zur Abholung der Leiche zu veranstalten. Bis zum Sonntagmorgen war die Frau noch nicht wiedergekehrt. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der so plötzlich verstorbene Mann Kassierer eines großen industriellen Betriebes bei Düsseldorf war, seine Begleiterin ist die Frau eines in Düsseldorf stationierten Eisenbahnhauptmanns. Nach Aussage des Arztes, der die Leiche besichtigte, ist der Mann eines natürlichen Todes, vermutlich infolge Herzschlages, gestorben. Der Verstorbene soll einen Geldbetrag von mehreren hundert Mark bei sich geführt haben, man fand aber nur noch etwas über 4 M. bei ihm, so daß der Verdacht begründet erscheint, daß seine Begleiterin den größten Teil des Geldes an sich genommen hat. Eine goldene Uhr und sonstige Wertgegenstände befanden sich noch bei dem Toten. Als dessen Frau telegraphisch von dem Ableben ihres Mannes, den sie auf einer Geschäftsreise glaubte, in Kenntnis gesetzt wurde, hielt sie die Meldung anfangs für einen schlechten Scherz, bis ihr durch Gendarmen die Nachricht bestätigt wurde.

Hochwasser. Aus Pest wird berichtet: Infolge des gemeldeten vorgezogenen Donauhochs unterhalb Komorn sind die Gemeinden Etsch, Kenta, Kelloe-Galla, Alfo-Geller, Ragh-Tanz und Bogna überflutet. Zwischen Laf und Etes wurde der Bahndamm durchgerissen. Das Wasser fließt mit großer Schnelligkeit gegen Etes und Genta.

Eine Falschmünzerbande ist in Wödenheim bei Frankfurt a. M. entdeckt worden. Der Leiter Sprengel und der Kaufmann Lehr wurden als Inhaber der Wertstätte verhaftet; mehrere andere Verhaftungen stehen noch bevor.

Ueber das Touristenunglück auf dem Groß-Weudiger, wobei der Gasthauer Hotelier Weiskamer und der Führer Hochbrunner aus Mündorf in Buggau das Leben verloren, giebt ein Mitglied der zur Bergung der Leichen ausgegangenen Expedition folgenden Bericht: Weiskamer, der zwei Führer, Hochbrunner und Hochsteiner, bei sich hatte, wollte von der Prager Höhe über die Habachshöhe zur Habachshöhe. Auf dem Vortragengleis verirrte sie sich im Schneesturm und da die Nacht hereinbrach, beschloß Weiskamer, unter einem Felsvorsprung zu übernachten. Hochbrunner blieb bei ihm, Hochsteiner aber sollte von der eine Stunde entfernten Alpe Immergölz Proviant holen. Er ging, mußte jedoch, da der Sturm immer heftiger wurde, wieder umkehren. Alle drei schliefen sich nun eng aneinander, bedien die

Mäntel über sich und brachten so, einige Zeit sogar schlafend, die Nacht zu. Am Morgen sahen sie mit Entsetzen gewaltige Schneemassen vor sich. Weiskamer, der, wie übrigens auch Hochbrunner, leicht gekleidet war, fühlte sich unwohl und konnte nicht weiter. Hochsteiner sollte nun aus Immergölz Hilfe holen. Nach unsäglicher Mühe langte er auch nach sechs Stunden bei dieser sonst nur eine Stunde entfernten Alpe an. Sofort brachen sechs Mann auf. Als diese an Ort und Stelle kamen, fanden sie Weiskamer bereits tot und Hochbrunner im Sterben. Sie schlepten diesen noch etwa 40 Schritte mit sich fort; dann ließen sie den vermeintlichen Toten liegen. Es wurden nun die Bergführer von Windisch-Matrei benachrichtigt, welche mit anderen Männern, im Ganzen 18, am nächsten Tage aufbrachen, um die Leichen vom Vortragengleis zu holen. Der Sturm mistete fort und in Windisch-Matrei hegte man große Besorgnis um das Leben dieser Männer. Weiskamer wurde sogleich gefunden; er scheint kaum entschlafen zu sein, denn sein Gesichtsausdruck war ruhig und friedlich. Hochbrunner aber fand man erst nach längerem Suchen etwa 20 Schritte von der Stelle, wo er zurückgelassen worden war; so weit hatte er sich also noch geschleppt. Er lag vorwärts hingestreckt, das Gesicht kramphast verzogen und entstellte. Mit ungeheurer Mühe und unter großer Gefahr wurde der Transport der Leichen vom Gleis herab ausgeführt. Abends nach 9 Uhr (am 15. d.) traf der bisiere Zug in Windisch-Matrei ein, wo die beiden Toten, von Wännen förmlich überhäuft, in der Leichenkapelle aufgebahrt wurden. Gestern hat dann unter großer Beteiligung die Beerdigung Hochbrunners stattgefunden. Bergführer trugen ihn zu Grabe. Er hinterläßt eine Witwe mit mehreren Kindern. Die Leiche Weiskamers wird in seiner Heimat Gastein beigesetzt werden, wosin auch Hochsteiner sich nach seiner Genesung begeben wird.

Die Rattenplage in Kopenhagen hat, wie die „Allgem. Fleischer-Ztg.“ berichtet, in der inneren alten Stadt, besonders bei den Fleckern, so um sich gegriffen, daß man ein Rattenvergiftungs-Komitee mit einem Kapital von 20.000 Kronen gebildet hat, das für jede Ratte 10 Dore (100 Dore = 1 Krone oder 1,12 1/2 M.) vergütet. Die Ratten werden an bestimmten Stellen eingeliefert und der Einfuhrer erhält für jeden Rattenschwanz die ausgelegten 10 Dore. Vor etwa sechs Wochen hat man mit der Vertilgung begonnen und bis jetzt sind 39.219 Ratten eingeliefert worden. Das Komitee beabsichtigt, noch die Hilfe der Behörden in Anspruch zu nehmen.

In der Rüste von Alaska ist bei einem Erdbeben die sogenannte Kanalinsel ins Meer gesunken.

### Marktpreise von Berlin am 21. September 1899

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch		1 kg	
* Weizen	15,20	14,40	1,60	1,10	
* Roggen	15,10	13,70	1,60	1,00	
Butter-Gesä	13,00	12,60	1,80	1,00	
Butter gut	15,20	14,60	2,00	2,00	
mittel	14,50	13,70	1,80	1,80	
grüvng	13,00	13,00	1,80	1,20	
Milchstrah	4,00	3,50	2,80	1,20	
Butter	6,70	4,00	2,60	0,90	
Grüvng	4,00	3,50	2,20	1,00	
Butterböden	5,00	3,50	1,80	0,80	
Butter	7,00	3,00	2,50	1,20	
Butter, neue	7,00	3,00	1,80	0,80	
Milchfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	per Schaf	12,00	2,00
da. Rauch	1,20	1,00			

\* Ermittelt pro Tonne von der Centralkassa der Preuss. Landwirtschaftskammer — Notierungskasse — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

\*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 22. September 1899. Roggen und Weizen wurden schwach begehrt. Nach konnten sich die Preise beider Brotfrüchte im großen und ganzen auf dem heutigen Stande behaupten, da die amerikanischen Berichte höhere Kurse meldeten und auch die amerikanischen Oesterre ihre Preise etwas erhöht haben. Dagegen war heute eher etwas schwächer, da reichliches Angebot vom Inlande und Amerika auf die Preise drückte. Mais unverändert. Weizen war bei hüllem Geschäft nominal begehrt. Am Spiritusmarkt trat der Konsum heute mit umfangreichen Käufen hervor, so daß die gehandelten 25.000 Liter 70er Lokomater mit 45 M. und 40 Pf. höher bewertet wurden. Termine zogen etwa 80 Pf. an.

Kartoffelmarkt. Gute Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sach 11,10 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sach und Weizen 20,90 M. Supra trockene Kartoffelstärke — 20 M. Kartoffelmehl per 100 Kg. brutto —, Prima Kartoffelmehl 20,75 M., prompt —, — M. per 100 Kg.

### Witterungsübersicht vom 22. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	757	S	4 wolkig	9	10,0	Darumstadt	747	SW	2 wolkig	8	10,0
Ramberg	751	SE	5 wolkig	10	10,0	Bielefeld	756	SE	2 wolkig	8	10,0
Berlin	756	SE	2 wolkig	8	10,0	Frankfurt	754	SE	4 wolkig	12	10,0
Wiesbaden	757	SE	2 wolkig	12	10,0	Aachen	754	SE	5 wolkig	13	10,0
München	762	SE	4 wolkig	9	10,0	Paris	757	SE	5 wolkig	15	10,0
Wien	765	SE	— wolkig	7	10,0						

Wetter-Vorhersage für Sonnabend, den 23. September 1899. Heutlich kühl, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und trübem wolkigen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

### Emil Rieger

am 20. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. September, mittags 1 1/2 Uhr, vom Krankehaus Bethanien nach dem katholischen Kirchhof in Mariendorf statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Central-Verband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

### Emil Rieger

am 20. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. September, nachm. 1 1/2 Uhr, vom Krankehaus Bethanien aus nach dem katholischen Kirchhof in Mariendorf statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sowie für die mir überreichte Spende sage ich allen, insbesondere dem Centralverband der Zimmerer und dem Vorstand der Metallarbeiter-Krankenkasse Mariendorf meinen innigsten Dank. 27405 Wm. Hamann und Kinder.

### Adlerhof.

Den Parteigenossen hiermit die traurige Mitteilung, daß am Mittwoch, den 20. d. Mts., der Genosse, Arbeiter

### Otto Lehmann

nach langem Leiden verstorben ist. Die Partei verliert in dem Dahingekleideten ein rühmliches und abersinniges Mitglied. Gese seinem Andenken!

### Socialdemokratischer Arbeiter-Bildungs-Verein für Adlerhof u. Umgeg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Verbandsmitglied, der Arbeiter

### Otto Lehmann

am Mittwoch, den 20. d. Mts., an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Wir verlieren in ihm ein tüchtiges Mitglied. Gese seinem Andenken!

### Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, sowie dem Betenverein, welche meinem Mann Ferdinand Grabe die letzte Ehre erwiesen, und für die reiche Kränze spende unseren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. 27338

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 24. September, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106:  
**Einseker-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Lohnbewegung. 2. Verbandsangelegenheiten. 121/19  
Zur Beachtung für den Norden. Bei Thomas, Garten-  
straße 152, ist eine neue Kaffeehalle errichtet.

# Möbelpolierer.

Öffentliche Versammlungen.

Heute abend 8 Uhr in Wehensee bei Kühn, Rößelstraße 20.  
Tagesordnung: 1. Wie schaffen wir einen einseitigen Lohnantrag?  
Referent Kollege Dietl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 147/15  
Montag, 25. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Berlin, Admiralstr. 18c.  
Vortrag des Kollegen A. Weber über den Individualismus der  
Arbeiter speziell in der Nähmaschinenbranche. 2. Diskussion.  
Dazu sind die Kollegen von Guderz u. Weiffelberg,  
Draefel, Frißler u. Rohmann, Lütke, Laborenz, Fuß,  
Rohmann und Reuendorf eingeladen.

Der Vertrauensmann.

# Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. Eingeschr. Kasse Nr. 118.

Den Mitgliedern von Nordost zur Kenntnis, daß die Kasse von der  
Weihenburgerstraße nach der Treckow- und Diederhofsstraße-Gasse  
bei Emil Schmidt, verlegt ist. — Den Mitgliedern in Charlotten-  
burg zur Kenntnis, daß Herr Dr. Helm, Berlinerstr. 128, nicht mehr  
unserer Kasse ist.

Der Vorstand. J. K. D. Meyer.

# Verband der Möbelpolierer.

Die Mitglieder werden ersucht, in den  
Öffentlichen Versammlungen

zu erscheinen, welche heute abend 8 Uhr in Wehensee bei Herrn  
Kühn, Rößelstr. 20, und Montag, den 25. Sept., abends 8 1/2 Uhr,  
in 80., Admiralstr. 18a, stattfinden.

Die Kollegen, welche sich morgen mittag 11-1 Uhr ärztlich unter-  
suchen lassen wollen, können Karten bei unserm Arbeitsnachweis-Bermittlern  
erhalten.

Sonabend, 7. Oktober, in Kellers Festsaal, Köpenstr. 29:  
**Stiftungsfest.**

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

# Verband der Sattler, Tapezierer

und verw. Berufsgenossen. Filiale Berlin I.  
Sonabend, 23. September, abends 9 Uhr, im Lokal  
„Englischer Hof“, Neue Rossstr. 3:

# Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 157/10  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

# Achtung! Kürschner. Achtung!

Montag, 25. September, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsaal,  
Weidenstr. 20-21:

# Große öffentliche Versammlung

aller in der  
Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Die letzten Vorkommnisse in der Berliner Gewerkschaftskommission  
und unsere Stellungnahme dazu. Referent Kollege Paul Wittig. 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes. 93/12  
Der hochwichtigen Tagesordnung wegen erwarten zahlreiches und  
pünktliches Erscheinen  
Die Vertrauenspersonen.

# Elektrotechnik.

Neuer Abendkursus der „Elektra“  
Donnerstag, den 5. Oktober 1899, abends 8 Uhr,  
für Elektromontage, Installation u. Maschinenfach, Zeichnen u. Algebra.  
Aesthetik u. einzige Lehranstalt auf wissenschaftl.-prakt. Grundlage.  
Keine Vorkenntnisse — glänzende Resultate. Praktische Abendkurse im  
elektrotechnischen Laboratorium  
Diplomzeugnis — Stellungsnachweis.  
Anmeldungen schleunigst, persönlich, auch Sonntags bis 1 Uhr.  
Prinzenstrasse No. 55. — Prospekte gratis und franco.

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser  
Annonce 5 pSt. 245/32

Otto Gerholdt,  
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallstraße.



# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr, im Lönisenstädtischen Konzerthaus,  
Alte Jakobstraße Nr. 37:

# Versammlung der Former.

Tagesordnung: Beschlussfassung über unsere Lohnbewegung.  
Jeder Former und Berufsgenosse muß anwesend sein.

Montag, den 25. September 1899, abends 8 1/2 Uhr:

# Große Versammlung

aller in der  
Beleuchtungs-Industrie, Bronze- und Alferndewaren-  
Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:  
Wie nähern wir die gegenwärtige günstige Geschäftslage zur Verbesserung unserer Arbeit-  
verhältnisse an?  
Angefaßt der wichtigen Tagesordnung richten wir an alle in obengenannten Betrieben beschäftigten Kollegen,  
als Gärtler, Drücker, Klempner, Schreifer usw. das Ersuchen, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lager-  
bestände meiner  
**Teppiche! Gardinen!  
Steppdecken! Portièren!  
Tischdecken! Läuferstoffe!**  
zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!!**

Für Fabriken,  
Berkstätten, Kantinen etc.  
Liefere ich: 124852\*  
40/2 Hl. Export-Weißbier f. R. 3, —  
ohne Wasserzusat.  
40 Flaschen helles Lagerbier für 3, — R.  
(von welcher Braueret gewünscht wird).  
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.  
Eis unsonst. Eislöcher teilweise.

**A. Seidler,**  
Berliner Export-Weißbier-Braueret.  
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

**Paul Hilberts Restaurant und Garten,**  
Halensee, Kurfürstendamm 126.  
Erste Gaststättung für Kremier, Fuhrgarten usw. am Bahnhof Halensee.  
Vorzüglich gekochte Ware. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen.  
Familien können Kaffee kochen. 2440\*

**Wirtshaus Schmargendorf,**  
Warnemünder Strasse 6. (Direkt am Grundwald belegen.)  
Bringt hiermit allen Freunden und Genossen mein Lokal in empfehlende  
Erinnerung. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** 23852\*  
Kaffeezeit von 2 Uhr ab geöffnet. Carl Balzer.

**Treptow.** Kohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker  
Landstrasse.  
Grosser schattiger Garten,  
Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen.  
Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier  
Glas 10 Pf. Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. 2384L\*

**Möbel** und Polsterwaren. Reelle Arbeit.  
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 24372\*  
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.

**Arbeiter-Berufartikel u. Wäsche**  
ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-  
kleidung: Plan Röper-Jacken R. 1, 65, Reizend je nach Größe um 10 Pf., Plan  
Röper-Hosen, in allen Größen, R. 1, 65. Arbeiterhemden, Hülsen, Wäster-  
titel u. Montierhemden. D. Wurzel & Co., Wrangelstr. 17.

**Möbel** auf Teilzahl. Oranienstr. 131.  
Constante H. & M. Lewent. ohne Anzahl. 2490L\*

Neu! Neu!  
**Fantaren-Harmonika**  
neuartige Zugharmonika

mit 2 Reihen brillanten Trans-  
parenz. Claviatur-Bord mit 16  
Klingen und 22 Tasten, 10 Tasten,  
40 Stimmen, 2 Klappen, 2 Re-  
gler, Claviatur-Greif mit gar-  
antierter unzerbrechlicher Spirals-  
federung D. N. G. M. No. 47462,  
2 Doppelschalen mit Beschlag und  
Zuhältern, Seilsaitenboden mit  
Metalleinstichern, Musik-  
doppelschaltung (2 stödig) Orgel-  
ton, Größe 35 cm. Preis billig  
durch den großen Umsatz auch  
nur 5 Mark

per Stück. Dieses Format harmo-  
nisch mit edler Nickel-Claviatur,  
viel größerer, als von anderer  
Seite angeben, und nur 5 Mark.  
• 3 stödig Harmonika, groß-  
artige Arbeit, 3 echte Register,  
Contrabässe nur 6 Mark • 4 stö-  
dig Harmonika, 4 echte Re-  
gler, harmonisierender Ton  
nur 4 Mark • 6 stödig Harmo-  
nika-Claviatur, 6 echte Re-  
gler 13 Mark • 2 stödig  
Klavier-Instrument mit 10  
Tasteln, 4 Contrabässen, herrliche  
Konzert-Tastel nur 10 Mark,  
mit 11 Tasten 10 1/2 Mark. • Ver-  
packung und Selbstverpackung  
gratis. Klavier-Instrument  
gratis. Klavier-Instrument mit neu-  
er Mechanik D. N. G. M.  
No. 88928 nur 30 Pf. gratis.  
Meine Instrumente sind sehr be-  
liebt und begehrt, bewahren sich  
nicht nur 4 Wochen, sondern jahre-  
lang.  
Preisliste über Harmonika-Begehren  
gratis und franco.  
Von behalte nicht bei kleinen  
Ländern, sondern kauft direkt bei  
**Heinrich Suhr,**  
Musklinstrumenten-fabrik  
Neuenrade (Westfalen).  
Nachweiser Altes und größtes  
Musik-Instrumenten-Geschäft am  
Platz.

**Hans Kayser**  
Berliner Bahnhof, Plan 6.  
Billigste Bezugsquelle für  
Press- u. Steinkohlen.

**Cylinder-Hüte**  
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.  
**Chapeaux elagues,**  
weiche und feste Hüte zu billigsten Preisen bei  
**Max Radtke, Blumenstr. 39,**  
Ecke Andrastraße (kein Laden). 2490L\*

# Jeder Arbeiter

Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.  
Wein-Verkauf. Sehr starke Ware in  
praktischen grauen u. braunen Streifen.  
Hinten u. vorn am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Riemenlöcher u. Kapp-  
nähte. Geste Leder-Pilot-Taschen,  
die Dole

(bei Entnahme von) 4 M. 50

Edt indigoblaues Jackett für  
Waldhüter, Monteur etc. 1 M. 90  
Edt indigoblaue Hose dito 1 M. 50  
Prima Wandbrett Holz 8, — 4 M. 75  
Westf. Wandbrett-Holz 13, — 9 —  
Kette-Mittel, gebildet Metall 2 M.  
Kette-Mittel in Weizen-Rett. 2 M. 25  
Mechaniker-Mittel (braun) . . . 2 M. 40  
Weißes Leder-Jackett, ge-  
färbt, zweifachig. . . . . 7 M. 50  
Weißes Leder-Hose, Prima  
Ware . . . . . 3 M. 75

# Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Chaussestr. 21a. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 16.  
Die 13 te Preisliste (Kauf 1 Million)  
über gesamte Herren- und Knaben-Be-  
kleidung wird gratis u. franco versandt.  
Verband von 20 M. an franco. —  
Bei Bestellung genügt Angabe der  
Brust- u. Bundweite u. Schnittlänge.

Nachdruck verboten!

# Orts-Krankenkasse

der Kupferschmiede.

Sonabend, 30. Sept., abends 8 1/2 Uhr,  
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler-  
straße 11/12: 99/5

# General-Versammlung.

Tagesordnung: siehe überausbte  
Einladung des Vorstandes.

# Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Berlin“.

Heute, 8 Uhr abends,  
Schlesische Straße nach  
Köpenick. Morgen  
10 Uhr ab 8 Uhr abends  
Generalversammlung Andrastr. 20.

# Zu kaufen gesucht:

„Die Neue Zeit“  
Jahrgang 1893 und 1894,  
gebunden oder in Heften.  
Buchhandlung Vorwärts,  
233/14 Weidenstr. 2.

# Empfehle

Freunden und Bekannten  
mein Weiß- u. Bayrisch-  
Bierlokal. **Reinhold Streif,**  
Andrastr. 22, feilb. Raumstr. 80. 23006\*

# Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach  
Maß, für 30 Mark hochfeine An-  
züge nach Maß, für 8-12 Mark  
feine Hosen nach Maß. 25712\*

Riesen-Stofflager.  
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**5 1/2** Pfd. Brot 50 Pfg.  
H. Albrecht's  
Bäckerei  
Wrangelstr. 9, Krausenstr. 19,  
Faldenteinstr. 28, Lönisenstr. 2.

# Die Eröffnung

meiner grossen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Geschäftsräume mit ihren 29 grossartig dekorierten Auslagen und Schaufenstern  
findet am

Sonabend, den 23. September cr., nachmittags 5 1/2 Uhr,

statt. Alle Abteilungen in **Manufakturwaren, Wäsche, Damenkonfektion, Putz, Schneiderei-Artikeln, Wollwaren,**

**Zum Umzug!** in **Gardinen, fertigen Betten, Bettfedern, Portieren, Teppichen** sind mit  
ausgewähltesten Neuheiten reich sortiert.

Das während meines 13-jährigen Bestehens stets geübte Princip: „streng reellste Bedienung bei billigsten Preisen“ wird auch in den neuen  
Räumen sorgsamst gewahrt werden. Hochachtungsvoll

# Rudolf Moses, 41 Metzgerstrasse 41,

Ecke der Weissenburgerstrasse.

Elektrische Beleuchtung! Haltestelle der Pferdebahn. Omnibus- und Pferdebahn-Verbindung nach allen Richtungen Berlins. Normal-Uhr,  
Jeder Besucher erhält am Eröffnungsabend nach erfolgtem Einkaufe ein hübsches Präsent.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.



Kunst und Wissenschaft.

Kunzt hat wieder die Zeit der winterlichen Konzertsäume; zahlreiche Aufkündigungen bereiten uns schon jetzt auf sie vor und zeigen, daß der gewohnte Charakter der meisten und namentlich der gesellschaftlich maßgebenden Konzerte sich diesmal nicht ändern, eher noch verschärfen dürfte.

Um so freudiger darf man Veranstaltungen begrüßen, die über jene Höhe unseres Konzertslebens weit hinaus liegen und dafür freilich weniger Ruhm finden. Zwei solche haben jetzt, abgesehen von dem immer wieder vorfindbaren Kleineren, die Winterszeit glücklicherweise eröffnet.

reiche Stimme paßte auch gut zu dem gegebenen Zweck und Raum. Von dem Bassisten G. Rolle kann das letztere ebenfalls gelten. Mehr als die erste Hälfte anzuhören, war uns bei dieser Veranstaltung, die leider dem Publikum keine festen Plätze anwies und den in der letzten halben Stunde Kommenden in irgend eine Ecke zwischen guedende und schwägende „Kunstfreunde“ hineinzwingen, nicht möglich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

L. G. Münster. Die „Landwirtschaftliche Beamten-Zeitung“ erscheint in Braunshweig, Madonnastr. 15.

R. G. und andere. Die Verjährungsfrist beträgt in der Regel 30 Jahre. Kürzere Verjährungsfristen bestehen im Gebiete des Allgemeinen Landrechts im wesentlichen für folgende Forderungen: es verjähren in zwei Jahren (gerechnet vom 31. Dezember des Jahres ab, in dem die Forderung entstanden ist) die Forderungen der Fabrikantennehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler und Handwerker für Waren und Arbeiten, der Apotheker für Privaten gelieferte Arzneimittel.

R. 75. Rein: Sie können nur Ihre Forderung eintragen und damit die einbehaltenen Sachen pfänden lassen. — R. 9. 71. Eifersucht ist

kein Eheverbotgrund. Legen Sie Ihrem Gatten das Kleinliche seiner Sucht klar und denken Sie daran, daß man gegen Kranke Rücksicht üben muß. — R. G. 98. Der Umstand, daß in der Wohnung jemand an Lungen- und Nierenleiden gestorben ist, ist keineswegs ein Grund zum Rücktritt vom Vertrage. Ebenso wenig ist die von Ihnen ausgedrückte Besorgnis einer Ansteckung berechtigt. — Das Vorhandensein von Schwaben, Wanzen, Katten, Mäusen und ähnlichen Hausfriedensbrechern berechtigt nur dann vom Vertrage abzugehen oder den Vertrag aufzuheben, wenn diese Miethewohner ohne Verschulden des Mieters eingedrungen sind, trotz Aufforderung vom Wirt innerhalb einer kurzen Frist nicht ermittelte sind und wenn dies lästige Gesindel in so erheblicher und hartnäckiger Weise sein Wesen treibt, daß die Wohnung unwohnbar, der Aufenthalt in den Wohnräumen zu einer Gefahr für die Gesundheit seiner Bewohner wird.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, 23. September. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Balzani. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Geige Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Der Sieg des Menschen über die Natur. Um 6 Uhr im Hörsaal: Dr. Schwahn über: Vulkan.

Passage-Panopticum. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Hipples Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM. Neu! Sensationelle lebende Photographien: Dreyfus vor dem Kriegsgericht in Rennes in 4 Gruppen-Tableaus.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Chausseestr. 25/26. Abends 8 Uhr: Zum 13. Male: Die Reise nach der Teufelsinsel.

Central-Theater. Direction: José Ferencozy. Die Geisha oder: Eine japanische Theatengeschichte.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Direction: Richard Schulz. Letzte Woche! Berlin laßt!

Thalia-Theater. Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73. Heute und folgende Tage: Der Plagmajor.

Seelachs ohne Kopf und im Anschnitt 15-17 Pf. pr. Pfd. sowie alle anderen frischen, geräucherten u. marinierten Seefische billig. die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Apollo-Theater. Stürmischer Erfolg! - Abends 9 Uhr: Frau Luna. Otto Reutter, Yumata Tiero, Paulette Darty.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstraße 22. Nur noch bis Sonnabend: Klavierspiel um 8 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger (Miesel, Vietor, Britton, Steidl, Krone, Ritzmayer, Schneider und Schrader).

Cirkus Busch. Sonnabend, 23. September cr.: High Life Evening. Sensationell! Großer Sportsakt.

Unjere Marine. Morgen, Sonntag, 24. September: Zwei gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Alcazar-Theater. Variété I. Ranges. Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43. Auftreten von absolut erstklassigen Specialitäten.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Prachtjäle. Badstr. 16. Gessundbrunn. Badstr. 16.

Victoria-Theater. C. Alexanderstr. 40. Fernspr. VII 1711. Direkt.: V. Bausonwein u. C. Emmerich.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabends Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

W. Noacks Theater. Brunnstraße 16. Heute, Sonnabend, 23. September: Wegen Privatbesichtigte keine Vorstellung.

Victoria-Brauerei. Lützowstraße 111/112. Jeden Montag und Freitag: Nordd. Sänger.

Antenbrink's Tanz-Institut. Frankfurterstr. 58. Empfehle meinen Saal mit Theaterbühne, sowie große u. kleine Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Pasters Gesellschafts-Säle. Inselstr. 10, 1. Den größten Vereinen und Gewerkschaften bringe meine Säle u. Vereinszimmer in gütiger Erinnerung.

Nonnenbergs Restaurant. Treptow, Parkstrasse. Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: Ball.

Abdruck! In Sachen des Anhabers der Berliner Steuermeyen giebt das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin in der Sitzung vom 2. September 1899, an welcher teilgenommen haben: 1. Gewerbetrichter von Schulz, als Vorsitzender, 2. Fabrikant Raab, 3. Bildhauer Krethschmar, als Arbeiter-Beisitzer, 4. Former Rörten, 5. Steinbecker Knoll, als Arbeitnehmer-Beisitzer, folgenden Schiedsspruch ab: 1. Es wird empfohlen, daß die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern (Gesellenauschuss) möglichst sofort über den Vorkauf, welcher vom 1. März 1900 ab gelten soll, in Beratung treten.

